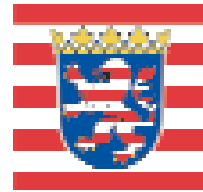


Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

59. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. März 2007

Nr. 3

Inhalt:	Seite
Runderlasse	
Zuwendung von Geldbeträgen an gemeinnützige Einrichtungen und die Staatskasse	150
Hessische Ergänzungsbestimmungen zur Gerichtsvollzieherordnung (Hess. Erg.-Best. GVO)	156
Haftkostenbeiträge für das Kalenderjahr 2007 gemäß § 50 Abs. 2 StVollzG	164
Verlust von Dienstsiegeln	165
Bekanntmachungen	
Regelung der örtlichen Zuständigkeit für die Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren nach § 140a Abs. 2 GVG für das Geschäftsjahr 2007 ...	166
Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Personalstellen des nichtrichterlichen Dienstes des Hessischen Finanzgerichts (Stichtag: 1. Juni 2006)	167
Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Personalstellen des nichtrichterlichen Dienstes (Beamtinnen und Beamte) in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (Stichtag: 1. August 2007) .	199
Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Personalstellen des nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Dienstes der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften (Stichtag: 1. Juli 2007	217
Veröffentlichungen der Rechtsanwalts- und Notarkammern sowie des Versorgungswerks der Rechtsanwälte im Lande Hessen	
Prüfungsordnung für die Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfungen der auszubildenden Rechtsanwaltsfachangestellten sowie Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main	274
Personalnachrichten	292
Berichtigung	293
Stellenausschreibungen	293

RUNDERLASSE

Nr. 7 Zuwendung von Geldbeträgen an gemeinnützige Einrichtungen und die Staatskasse. RdErl. d. MdJ v. 19. 1. 2007 (4012 - III/C 1 - 2006/11093 - III/A)
– JMBl. S. 150 – – Gült.-Verz. Nr. 241 –

Erster Abschnitt

Liste gemeinnütziger Einrichtungen

§ 1

Das Oberlandesgericht erstellt im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht jeweils zum 1. Mai eines Jahres eine gemeinsame Liste, in der Einrichtungen genannt werden, die als Empfängerstelle von Geldauflagen in Ermittlungs- und Strafverfahren sowie in Gnadensachen in Betracht kommen können. Überörtliche Einrichtungen werden ohne regionale Untergliederungen genannt.

§ 2

Eine Einrichtung, die die Aufnahme in die Liste beantragt, wird über Inhalt und Bedeutung der Liste unterrichtet. Sie wird darauf hingewiesen, dass die Aufnahme in die Liste keinen Rechtsanspruch auf Zuweisung von Geldauflagen begründet und auch keine Empfehlung an die Listenempfängerstelle darstellt. Sie wird außerdem unterrichtet, unter welchen Voraussetzungen sie bei einer Neuauflage der Liste nicht mehr berücksichtigt wird.

§ 3

Eine Einrichtung wird in die Liste nur aufgenommen, wenn sie

1. ihre Satzung oder andere Unterlagen über ihre Ziele vorlegt und ein Konto angibt, auf das Zahlungen geleistet werden können,
2. entweder einen Körperschaftssteuerfreistellungsbescheid oder eine vorläufige Bescheinigung des zuständigen Finanzamts vorlegt, dass sie zu den nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes (KStG 1977 vom 31. August 1976, BGBl. I, S. 2597 – in der jeweils gültigen Fassung –) bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen gehört (Gemeinnützigkeitsbescheinigung),
3. sich verpflichtet, gegebenenfalls eine die Gemeinnützigkeit betreffende Satzungsänderung oder die Aufgabe der gemeinnützigen Tätigkeit unverzüglich mitzuteilen,
4. das für sie zuständige Finanzamt von der Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 der Abgabenordnung) gemäß dem als Anlage abgedruckten Vordruck

soweit entbindet, dass dieses die listenführende Stelle von der Gewährung oder Versagung von Steuervergünstigungen wegen Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke unterrichten darf,

5. sich verpflichtet,
 - a) den Eingang der zugewiesenen Geldbeträge zu überwachen,
 - b) säumige Zahlungspflichtige zu mahnen und, falls nicht binnen vier Wochen nach Mahnung gezahlt wird, die zuweisende Stelle unverzüglich zu unterrichten und
 - c) die volle Bezahlung des Geldbetrages der zuweisenden Stelle unverzüglich mitzuteilen,
6. sich verpflichtet, der listenführenden Stelle jährlich auf Anforderung über die Höhe der zugewiesenen und über Höhe und Verwendung der eingegangenen Geldbeträge Auskunft zu geben (Rechenschaftslegung),
7. sich damit einverstanden erklärt, dass ihre Berichte über die Höhe der erhaltenen Geldbeträge und ihre Verwendung veröffentlicht werden,
8. sich verpflichtet, auf Quittungen, die sie der oder dem Zahlungspflichtigen erteilt, den Vermerk „die Zuwendung wurde aufgrund einer Auflage geleistet und ist steuerlich nicht abzugsfähig“ anzubringen.

§ 4

1. Vor der Aufnahme einer Einrichtung in die Liste wird von der listenführenden Stelle nicht geprüft, ob die Einrichtung die von ihr angegebenen gemeinnützigen Ziele tatsächlich verfolgt.
2. Eine Einrichtung, die nach ihrem eigenen Vorbringen offensichtlich nicht als gemeinnützig angesehen werden kann oder die das zuständige Finanzamt nicht nach § 3 Ziffer 4 von der Wahrung des Steuergeheimnisses entbindet, wird nicht in die Liste aufgenommen. Dasselbe gilt, wenn der listenführenden Stelle Tatsachen bekannt sind, die den Verdacht einer zweckwidrigen Verwendung von Mitteln durch die die Eintragung beantragende Einrichtung begründen.

§ 5

1. Vor der Wiederaufnahme einer Einrichtung in die Liste fordert die listenführende Stelle die Einrichtungen, denen nach der zentralen Jahresübersicht in dem vergangenen Jahr Geldauflagen zugewiesen worden sind, auf, für das abgelaufene Jahr mitzuteilen:
 - a) die Gesamthöhe der zugewiesenen Geldbeträge,
 - b) die Gesamtsumme der erhaltenen Geldbeträge und
 - c) die Verwendung der erhaltenen Geldbeträge.

2. Die Aufforderung kann unterbleiben, wenn der betreffenden Einrichtung in vergangenen Jahr insgesamt weniger als 2500 EURO zugewiesen worden sind oder wenn es sich um eine Einrichtung handelt, bei der als sicher vorausgesetzt werden kann, dass die zugewiesenen Gelder zweckgebunden verwendet werden (z. B. Einrichtungen, die der Prüfung eines Rechnungshofs unterliegen).

§ 6

Eine Einrichtung wird in eine Neuauflage der Liste nicht wieder aufgenommen, wenn

1. die Einrichtung gemeinnützige Zwecke offensichtlich nicht mehr verfolgt (vgl. § 3, Ziffer 3,4),
2. der Einrichtung ihre Tätigkeit aufgrund behördlicher Anordnung untersagt ist,
3. der Einrichtung während der Dauer von zwei Jahren keine Geldauflagen zugewiesen worden sind und sie die Eintragung in die Liste nicht erneut beantragt,
4. die Einrichtung einen von ihr angeforderten Rechenschaftsbericht nicht oder nicht fristgemäß einreicht,
5. die geschäftsführenden oder sonst verantwortlichen Personen wegen Eigentums- oder Vermögensdelikten zum Nachteil der Einrichtung oder wegen vergleichbarer Straftaten bestraft worden sind und die Geschäfte weiterführen,
6. nach dem Inhalt des eingereichten Rechenschaftsberichts die erhaltenen Gelder nicht unmittelbar und ausschließlich zu den gemeinnützigen Zwecken verwendet werden,
7. die Einrichtung ihrer Mitteilungspflicht nach § 3 Ziffer 5, Buchst. b und c nicht ordnungsgemäß nachkommt.

§ 7

1. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften erhalten in ausreichender Zahl Exemplare der alphabetisch geordneten Liste, die neben der Bezeichnung der Einrichtungen auch die genaue Anschrift und Kontonummer sowie die Zielgruppe enthält.
2. Auf den Abdrucken wird vermerkt, dass
 - a) die Liste nicht als Empfehlung der genannten Einrichtungen sondern lediglich zur Information dienen soll,
 - b) die Eintragung der Einrichtung nicht bedeutet, dass die Gemeinnützigkeit bejaht wird,
 - c) eine Geldauflage auch einer gemeinnützigen Einrichtung zugewiesen werden kann, die nicht in der Liste genannt ist.

§ 8

Die listenführende Stelle sammelt die von den Einrichtungen vorgelegten Satzungen, Rechenschaftsberichte und andere Unterlagen. Sie macht die eingereichten Unterlagen den in Strafsachen tätigen Richterinnen und Richtern, Staats- und Amtsanwältinnen und Staats- und Amtsanwälten sowie den Gnadenbehörden auf Anforderung in geeigneter Weise zugänglich. Sie leitet die Erstaufbereitung der Erklärung nach § 3 Ziffer 4 an das zuständige Finanzamt

Zweiter Abschnitt **Erfassung der Zuwendung von Geldbeträgen**

§ 9

Geldbeträge, die in Strafsachen durch Gerichtsbeschluss oder durch Entscheidung der Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungs- oder als Gnadenbehörde auferlegt oder deren Empfängerstelle von der Staatsanwaltschaft in einem Gnadenverfahren bestimmt wurden, werden von der Verwaltungsgeschäftsstelle

1. des Gerichts, das den Auflagenbeschluss erlassen hat, oder
2. der zuständigen Staatsanwaltschaft, sofern kein gerichtlicher Auflagenbeschluss ergangen ist,

registriert. Hierzu ist eine Nachricht nach dem als Anlage abgedruckten Muster an die Verwaltungsgeschäftsstelle zu geben.

§ 10

Jeweils zum 30.Juni und 31.Dezember eines jeden Jahres erfolgt aufgrund der Meldungen an die Verwaltungsgeschäftsstelle eine Zusammenstellung der bedachten Einrichtungen und der ihnen sowie der Staatskasse zugewiesenen Beträge. Die Zusammenstellung ist, soweit sie bei einem Amtsgericht erfolgt, der Präsidentin oder dem Präsidenten des jeweiligen Landgerichts vorzulegen. Diese oder dieser fertigt eine zentrale Zusammenstellung für den gesamten Landgerichtsbezirk an, die, ebenso wie die Zusammenstellung der zugehörigen Staatsanwaltschaften, den mit Strafsachen befassten Richterinnen und Richtern und den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten des Bezirks zur Kenntnis gebracht wird.

§ 11

Am Jahresende übersenden die Präsidentinnen oder die Präsidenten der Landgerichte und die Leiterinnen oder die Leiter der Staatsanwaltschaften ihre Zusammenstellung

der Präsidentin oder dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und der Generalstaatsanwältin oder dem Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht. Diese stellen eine nach Gerichten und Staatsanwaltschaften getrennte zentrale Jahresübersicht zusammen und übersenden sie dem Ministerium der Justiz, den Präsidentinnen oder den Präsidenten der Land- und Amtsgerichte sowie den Leiterinnen oder den Leitern der Staatsanwaltschaften zur Unterrichtung der mit Strafsachen befassten Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

§ 12

1. Die Runderlasse vom 16. 12. 1998 (JMBl. 1999, S. 23), 25. 10. 2001 (JMBl. 2001, S. 712) und 16. 12. 1998 (JMBl. 1999, S. 37) werden aufgehoben.
2. Dieser Runderlass tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Anlage 1 zum RdErl. v. 19. 1. 2007 (4012 - III/C 1 - 2006/11093 - III/A)

MUSTER

Aktenzeichen

Ort und Tag

An die
Verwaltungsgeschäftsstelle

Betr.: Festsetzung von Geldbeträgen

Bezug: RdErl. v. 19. 1. 2007 (JMBl. S. 149)

Datum der Entscheidung	Höhe des Geldbetrages	Empfänger

(Bezeichnung der Einrichtung)

(Ort, Datum)

(Sitz der Einrichtung – PLZ, Ort

Straße, Hausnummer)

Oberlandesgericht
Postfach 10 01 01
60001 Frankfurt am Main

Senden Sie bitte die Erst- und Zweitausfertigung an nebenstehende Adresse zurück.

Zustimmung zur Unterrichtung der listenführenden Stelle über die Gemeinnützigkeit

Das Oberlandesgericht erstellt im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht jeweils zum 1. Mai eines Jahres eine gemeinsame Liste, in der Einrichtungen genannt werden, die als Empfänger von Geldauflagen in Ermittlungs- und Strafverfahren sowie in Gnadensachen in Betracht kommen können.

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften erhalten Exemplare dieser Liste mit dem Vermerk, dass die Liste nicht als Empfehlung der genannten Einrichtungen, sondern lediglich zur Information dienen soll.

Uns ist bekannt, dass gemeinnützige Einrichtungen nach dem Runderlass des Hessischen Ministeriums der Justiz v. 19. 1. 2007 (4012 - III/C 1 - 2006/11093 - III/A) in die Liste nur aufgenommen werden, wenn das für sie zuständige Finanzamt die listenführende Stelle von der Gewährung und Versagung von Steuervergünstigungen wegen Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke unterrichten darf. Insofern entbinden wir das zuständige Finanzamt von der Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 der Abgabenordnung).

Uns ist außerdem bekannt, dass für die geleisteten Geldauflagen der Spendenabzug nach § 10 b des Einkommensteuergesetzes (§ 9 Nr. 3 des Körperschaftssteuergesetzes) nicht in Betracht kommt. Für erhaltene Geldauflagen dürfen deshalb keine Spendenbestätigungen nach Muster 2 der Anlage 8 der Einkommensteuer-Richtlinien, sondern nur Quittungen erteilt werden.

(Zuständiges Finanzamt)

(Steuernummer)

(Unterschrift(en) des/der
gesetzlichen Vertreter(s))

Hessische Ergänzungsbestimmungen zur Gerichtsvollzieherordnung
(Hess. Erg.-Best. GVO)

I

Dienstsiegel
(zu § 7 GVO)

Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher führt als Dienstsiegel (Prägesiegel oder Farbdrukstempel) das kleine Landessiegel mit der Umschrift „Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht ... (Ort)“ – Verordnung über die Landessiegel vom 29. März 1949 (GVB1. S. 38) –. Das Dienstsiegel wird von der Dienstbehörde beschafft. Abgenutzte Farbdrukstempel sind unter Aufsicht der Geschäftsleitung zu vernichten, die mit dieser Aufgabe auch eine Beamtin oder einen Beamten beauftragen kann.

II

Dienstausweis
(zu § 8 GVO)

Die Vordrucke für die Dienstausweise der Gerichtsvollzieherinnen und der Gerichtsvollzieher beschafft die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts.

III

Quittungsblöcke
(zu § 9 Nr. 1 a und § 74 Nr. 1 und 4 GVO)

Endet die Beschäftigung einer Gerichtsvollzieherin oder eines Gerichtsvollziehers bei der Dienstbehörde vorübergehend oder endgültig, so sind nur teilweise benutzte und unbenutzte Quittungsblöcke der Dienstbehörde zurückzugeben.

IV

Entschädigung
(zu §§ 10, 11 GVO)

1. Die Vergütung nach § 10 Buchst. b GVO richtet sich nach der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst (Vollstreckungsvergütungsverordnung – VollstrVergVO) vom 6. Januar 2003 (BGB1. I S. 8).

2. Nach § 10 Buchst. c GVO erhält die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher
 - a) eine Entschädigung nach der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher vom 2. September 1998 (GVBl. I S. 383), geändert durch Verordnung vom 29. September 2005 (GVBl. I S. 698) und durch die jeweiligen Änderungsverordnungen zur Fortschreibung des Gebührenanteils in § 2 und des Höchstbetrags in § 3 Abs. 2,
 - b) eine Entschädigung nach der Verordnung über die Abfindung der Gerichtsvollzieher und der Vollziehungsbeamten der Justiz bei Dienstreisen und Dienstgängen in Vollstreckungsangelegenheiten vom 5. November 1969 (GVBl. I S. 203), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. September 2001 (GVBl. I. S. 382),
 - c) die von ihr oder ihm vereinnahmten und die zu erstattenden Auslagen nach § 11 Nr. 3 GVO (Nr. 700 bis 713 KV-GVKostG.).

V

Nicht einziehbare Postgebühren bei freizumachenden Postsendungen

(zu § 11 Nr. 3 GVO)

1. Entstehen der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher bei den im Dienstregister des laufenden Vierteljahres eingetragenen, erledigten oder noch nicht erledigten Aufträgen der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher Auslagen an Postgebühren, die als Kleinbeträge nicht eingezogen werden können, ist nach Nr. 8 Abs. 1 DB-GVKostG (§ 11 Nr.3 GVO) zu verfahren.
2. Freizumachende Postsendungen in Angelegenheiten, die im Dienstregister des laufenden Vierteljahres nicht eingetragen sind oder für die eine Eintragung in das Dienstregister nicht vorgesehen ist, übergibt die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher unverschlossen der Dienstbehörde, die diese Sendung freimacht und weiterleitet. Das gleiche gilt für die nach § 18 des Hessischen Datenschutzgesetzes in der Fassung vom 7. Januar 1999 (GVBl. I S. 98) notwendige Benachrichtigung der an einem Vollstreckungsverfahren Beteiligten, soweit die Benachrichtigung nicht im Vollstreckungsverfahren auf andere Weise erfolgen kann (z. B. persönliche Übergabe, Versand mit anderen Schriftstücken). Die Geschäftsleiterin oder der Geschäftsleiter überprüft die abgelieferten Postsendungen mindestens dreimal monatlich in unregelmäßigen Zeitabständen.

VI

Reisekostenabfindung in Prozesskostenhilfesachen und bei Aufträgen des Gerichts

(zu § 11 Nr. 3 Abs. 2 GVO)

1. Werden in Prozesskostenhilfesachen und bei Aufträgen des Gerichts Wegegelder gemäß § 2 der Verordnung über die Abfindung der Gerichtsvollzieher und Vollzie-

hungsbeamten der Justiz bei Dienstreisen und Dienstgängen in Vollstreckungsangelegenheiten vom 5. November 1969 (GVBl. 1 S. 203), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. September 2001 (GVBl. 1 S. 382), nur zur Hälfte aus der Landeskasse ersetzt, sind sie der Kostenschuldnerin oder dem Kostenschuldner in jedem Falle in voller Höhe in Rechnung zu stellen.

2. Macht die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher in Prozesskostenhilfesachen von der Möglichkeit der persönlichen Zustellung gemäß § 21 Nr. 2 Satz 2 Buchst. b GVGA Gebrauch, wird aus der Landeskasse das sonst von der Kostenschuldnerin oder dem Kostenschuldner zu erhebende Weggeld ersetzt. Die zu ersetzenden Beträge werden nach § 77 GVO festgesetzt.

VII

Amtsschild

(zu § 46 Nr. 2 GVO)

Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher hat an dem Gebäude, in dem sich das Geschäftszimmer befindet, ein Amtsschild aus weißer Emaille mit der Aufschrift „Gerichtsvollzieher“ anzubringen. Die Form und die Ausführung des Amtsschildes richten sich nach der Verordnung über die Amtsschilder der Landesbehörden vom 26. November 1949 (GVBl. S. 171). Es dürfen nur Amtsschilder der Größe III ohne Beifügung des Namens oder Dienstortes verwendet werden. Mehrere Gerichtsvollzieherinnen oder Gerichtsvollzieher, die in einem Gebäude ein Geschäftszimmer haben, benutzen ein gemeinsames Amtsschild. Unter dem Amtsschild ist ein weißes Emailleschild mit den Namen und den Amtsbezeichnungen in schwarzer Aufschrift anzubringen. Mehrere Namensschilder sind einzeln untereinander anzuordnen.

VIII

Ausbildungsverträge

(zu § 5I GVO)

Der Abschluss von Berufsausbildungsverträgen nach §§ 3 bis 5 des Gesetzes zur Reform der beruflichen Bildung vom 23. März 2005 (BGBl. I. S. 931) bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Land(Amts-)gerichts. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn alle sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine Erfolg versprechende Ausbildung gegeben sind. Insbesondere muss die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher ständig eine erwachsene Bürokräft beschäftigen, die während ihrer oder seiner Abwesenheit zur Beaufsichtigung in der Lage ist. Als zuständige Stelle für die Berufsausbildung in einem Gerichtsvollzieherbüro kommt nach § 71 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) nur die Industrie- und Handelskammer in Betracht. Die Gerichtsvollzieherin oder der

Gerichtsvollzieher hat sich vorab bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer zu unterrichten, für welchen anerkannten Ausbildungsberuf ein Berufsausbildungsverhältnis eingegangen werden kann und ob die Industrie- und Handelskammer den Berufsausbildungsvertrag in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse (§ 35 BBiG) eintragen wird.

IX

Beschaffung von Pfandsiegelmarken, der Pfandanzeigen und der Quittungsblöcke

(zu § 52 GVO)

1. Die Amtsgerichte stellen den Bedarf an Pfandsiegelmarken (GV 16) und Pfandanzeigen (GV 142) für ihren Bezirk fest und beziehen sie im Rahmen des Bestellverfahrens für amtliche Vordrucke bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt.
2. Die Quittungsblöcke beschafft die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts. Die Amtsgerichte halten eine ausreichende Anzahl von Quittungsblöcken für den Bedarf der bei ihnen tätigen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher vorrätig. Die Quittungsblöcke sind in der Reihenfolge ihrer Nummern in eine einfache Liste einzutragen, in der die Ausgabe oder Rückgabe von Quittungsblöcken zu quittieren ist. Zum Teil benutzte und unbenutzte Quittungsblöcke, die eine Gerichtsvollzieherin oder ein Gerichtsvollzieher an die Dienstbehörde zurückgegeben hat, können wieder ausgegeben werden.

X

Abwicklung und Abrechnung der Vollstreckungsaufträge der Justizbehörden

(zu § 69 Nr. 3 GVO)

1. Die Vollstreckungsaufträge der Justizbehörden sind in das Dienstregister II einzutragen.
2. Justizbehörden im Sinne des Absatzes 1 sind die Gerichtskassen der Länder, die anstelle der Gerichtskassen als Vollstreckungsbehörden bestimmten Stellen und die in § 2 Abs. 2 Justizbeitragsordnung genannten Behörden.
3. Die aufgrund von Vollstreckungsaufträgen nach §§ 9, 10 EBAO eingezogenen Beträge (Haupt- und Nebenforderung) sind unverzüglich unter Angabe der Geschäftsnummer und der Vollstreckungsbehörde an die Kasse oder Gerichtszahlstelle abzuführen, die für die Vollstreckungsbehörde, der die Einziehung der Forderung obliegt, zuständig ist. Der Nachweis über die Ablieferung der eingezogenen Beträge verbleibt bei der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher. Die erledigten Vollstreckungsaufträge sind mit den Belegen über den Zahlungseingang

an die Vollstreckungsbehörde, die den Vollstreckungsauftrag erteilt hat, zurückzusenden. Ist die Vollstreckung ganz oder zum Teil erfolglos geblieben, ist dem Vollstreckungsauftrag die über die Vollstreckungshandlung aufgenommene Niederschrift beizufügen.

4. Die Nr. 1 und 3 gelten für die Beitreibung von Geldbußen und Kosten des Bußgeldverfahrens aus Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 24 und 24 a des Straßenverkehrsgesetzes durch die Gerichtskassen aufgrund des § 15 Abs. 3 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der Fassung vom 27. Juli 2005 (GVBl. I S. 574) entsprechend. Dabei sind die Arbeitsanweisung für ein EDV-unterstütztes Verfahren „Vollstreckungsersuchen zur Beitreibung von Geldbußen und Kosten in Verkehrsordnungswidrigkeiten“ zu beachten und die dort vorgesehenen Vordrucke zu verwenden.

XI

Führung eines Dienstkontos bei einem anderen Kreditinstitut als der Postbank (zu § 73 GVO)

Für die Führung eines Dienstkontos bei einer öffentlichen Sparkasse, einem privaten Kreditinstitut oder einer Genossenschaftsbank gelten die Bestimmungen des § 73 GVO über das Dienstkonto entsprechend.

Dabei ist Folgendes zu beachten:

1. Das Konto ist bei einem Kreditinstitut am Amts- oder Wohnsitz der Gerichtsvollzieherin oder des Gerichtsvollziehers einzurichten. Es ist im Schriftverkehr anzugeben. Es soll ein Kreditinstitut ausgewählt werden, das auch nach Dienstschluss die Ablieferung von Bargeld ermöglicht (z. B. durch Einwurf so genannter Geldbomben).
2. Mit dem Kreditinstitut ist zu vereinbaren:
 - a) Das Dienstkonto soll möglichst zins-, gebühren- und spesenfrei geführt werden. Anfallende Zinsen sind der Landeskasse zuzuführen. Standardmäßige Vordrucke sind vom Kreditinstitut kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Sonstige Vordruckkosten trägt die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher.
 - b) Schecks werden spätestens am zehnten Bankgeschäftstag nach der Einreichung ohne Vorbehalt der Einlösung gutgeschrieben; ist das kontoführende Kreditinstitut zugleich das bezogene, verkürzt sich diese Frist auf vier Arbeitstage.
3. Schreibt das Kreditinstitut den Gegenwert der zum Einzug übernommenen Schecks dem Dienstkonto schon vor endgültiger Einlösung durch den Bezogenen unter dem Vorbehalt des Eingangs gut, ist wie folgt zu verfahren:

- a) Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher darf eine von der Einzahlung abhängige Leistung, insbesondere die Auszahlung an die Gläubigerin oder den Gläubiger, erst dann bewirken, wenn der zum Einzug übernommene Scheck endgültig eingelöst ist.
 - b) Zur Vereinfachung der Buchführung sind Scheckbeträge erst nach endgültiger Einlösung als eingegangen zu betrachten und erst zu diesem Zeitpunkt im Kassenbuch II zu buchen; eine vorherige Buchung im Kassenbuch I ist nicht erforderlich. Bei der Prüfung des Kassenbestandes sind die noch nicht endgültig eingelösten Scheckbeträge vom vorhandenen Dienstkonto-Guthaben abzusetzen.
4. Das Angebot des Kreditinstituts, mit dem ein Vertrag über die Einrichtung und Führung des Dienstkontos abgeschlossen werden soll, ist der oder dem unmittelbaren Dienstvorgesetzten der Gerichtsvollzieherin oder des Gerichtsvollziehers zur Genehmigung vorzulegen; es sollen auch Angebote anderer Kreditinstitute beigelegt werden.
 5. Die Kontoeröffnung ist der zuständigen Prüfungsbeamtin oder dem zuständigen Prüfungsbeamten anzuzeigen.

XII

Abrechnung mit der Gerichtskasse, Ablieferung

(zu §§ 11 Nr. 1, 75, 77 Nr. 1 GVO)

1. Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher rechnet monatlich einmal am letzten Werktag mit der Zentralen Abrechnungsstelle bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main ab. Im Hinblick auf § 11 Nr. 1 Satz 2 GVO bleibt es der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher freigestellt, auch in kürzeren Zeitabständen abzurechnen. Die Behördenleitung des Oberlandesgerichts kann in begründeten Ausnahmefällen andere Abrechnungstermine festsetzen. Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher übermittelt den Abrechnungsschein per Fax an die Zentrale Buchungsstelle des Oberlandesgerichts in Lauterbach, die ihn nach Buchung an die Zentrale Abrechnungsstelle weiterleitet. Von dieser erhält die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher eine Ablichtung des Abrechnungsscheins mit dem Vermerk über die erfolgte Buchung und die durchgeführte Mitversteuerung.
2. Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher überweist am dritten Arbeitstag des Folgemonats die der Landeskasse zustehenden Gebühren unter Angabe einer Referenznummer an das HCC. Sofern dies wegen Urlaubs oder anderen zwingenden Gründen nicht möglich ist, ist die Überweisung unmittelbar nach Erstellung des Abrechnungsscheines vorzunehmen. Näheres regelt die Zentrale Abrechnungsstelle. Die der Landeskasse verbleibenden Gebühren gelten im Sinne von § 11 Nr. 1 Satz 2 GVO als abgeliefert, wenn der Abrechnungsschein ausgeschrieben, der

Überweisungsauftrag erteilt und in dem über die Überweisung zu führenden Überweisungsnachweis eingetragen ist.

3. Der Gerichtsvollzieher liefert die der Landeskasse gebührenden Geldbeträge, sobald sie den Betrag von 500 Euro übersteigen, schon vor der Abrechnung in runden, durch fünfzig teilbaren Euro-Beträgen an das HCC ab (§ 75 GVO). Barablieferungen an die Gerichtszahlstelle sind nicht zulässig.
4. Die Jahreshöchstbeträge
 - a) nach § 3 Abs. 2 der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher vom 2. September 1998 (GVBl. I . S 383) in der jeweiligen Fassung,
 - b) nach § 9 Abs. 1 der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 6. Januar 2003 (BGBl. I S. 8), sind bei der vierteljährlichen Festsetzung der Entschädigung (§ 77 Nr. 1 GVO) in den ersten drei Kalendervierteljahren anteilmäßig zu berücksichtigen und zwar jeweils zuzüglich 50 v. H. des Mehrbetrages zu a) und 40 v. H. des Mehrbetrages zu b).
5. Die Dienstbehörde einer Gerichtsvollzieherin oder eines Gerichtsvollziehers führt für übernommene Vertretung oder Verwaltung einer weiteren Gerichtsvollzieherstelle für jede Gerichtsvollzieherin und jeden Gerichtsvollzieher eine Liste in elektronischer Form. Anteilige Vertretungen sind darin kenntlich zu machen. Die Anwendersoftware wird von der Zentralen Abrechnungsstelle zur Verfügung gestellt. Die Listen werden für das jeweilige Kalenderjahr geführt und nach Jahresschluss der Zentralen Abrechnungsstelle vorgelegt. Diese kann die Listen auch in kürzeren Zeitabständen anfordern.
6. Ist das Kassenbuch II abgeschlossen, übermittelt die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher der Zentralen Abrechnungsstelle per Fax eine Abschrift der Schlusszusammenstellung. Die Übermittlung der Daten kann auch auf elektronischem Wege erfolgen. Die Zentrale Abrechnungsstelle setzt die der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher zu belassenden Gebührenanteile fest und veranlasst die Auszahlung der danach der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher noch zustehenden Beträge bzw. die Einziehung von zuviel erhaltenen Gebührenanteilen. Die Grundlage für die Festsetzung der Entschädigung der Gerichtsvollzieherin oder des Gerichtsvollziehers bilden die vorgelegte Schlusszusammenstellung sowie die Abrechnungsscheine des entsprechenden Vierteljahres. Eine Abschrift der Festsetzung mit dem Vermerk über die vorgenommene Buchung und die veranlasste Mitversteuerung wird an die Gerichtsvollzieherin oder den Gerichtsvollzieher übermittelt.
7. Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher überreicht der Dienstbehörde das abgeschlossene Kassenbuch II nebst Durchschrift der Abrechnungsscheine alsbald nach der Abrechnung mit der Zentralen Abrechnungsstelle. Die hiermit beauftragte Beamtin oder der hiermit beauftragte Beamte der Dienstbehörde prüft die

Schlusszusammenstellung und die Abrechnungsscheine und bescheinigt nach Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten ihre Richtigkeit. Dabei ist insbesondere zu prüfen, dass die Durchschriften der Abrechnungsscheine die Kontierungs- und Buchungsvermerke der Zentralen Abrechnungsstelle tragen und die einzelnen Abrechnungsscheine richtig in die Schlusszusammenstellung des Kassenbuchs II übernommen worden sind. Etwaige Unstimmigkeiten sind der Zentralen Abrechnungsstelle unverzüglich anzuzeigen.

XIII

Führen von Schusswaffen

Die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher darf im Dienst eine Schusswaffe nur führen, wenn ihm von der Generalstaatsanwältin oder dem Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht eine Bescheinigung nach § 55 Abs. 6 S. 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970) in Verbindung mit § 2 der Verordnung über die Ausnahme von Vorschriften des Waffengesetzes im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz vom 4. April 2003 (GVBl. I S. 110) erteilt wurde.

XIV

Übersicht über die Diensteynahmen

(zu § 94 GVO)

1. Die Übersicht über die Diensteynahmen wird von der Zentralen Abrechnungsstelle bei dem Oberlandesgericht erstellt. Diese übersendet eine die jeweilige Dienstbehörde betreffende Abschrift der Jahresübersicht den Präsidentinnen und Präsidenten der Amtsgerichte oder den Präsidentinnen und Präsidenten der Landgerichte (für die Amtsgerichte des jeweiligen Bezirks) zur Kenntnis.
2. Die Zusammenstellung für den Bezirk des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main legt die Zentrale Abrechnungsstelle dem Hessischen Ministerium der Justiz jährlich jeweils bis zum 1. März vor.

XV

Auslagenvorschüsse/Auslagenabschläge

(zu § 12 GVO)

1. Die der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher seitens der Dienstbehörde gewährten Auslagenvorschüsse werden durch die zuständige Gerichtskasse auf das Dienstkonto überwiesen und sind im Kassenbuch I einzutragen. Die Erfassung der Verwendung erfolgt im Kassenbuch II (Spalten 4 - 10). Der nicht verbrauchte

- Vorschuss wird im Kassenbuch II in Spalte 11 gebucht und an die Gerichtskasse zur Vorschusslistennummer zurückgezahlt.
2. Die Gerichtskassen übersenden der Zentralen Abrechnungsstelle zum Abgleich der Vorschusszahlungen am Ende eines jeden Quartals eine Aufstellung über alle offenen Vorschüsse.
 3. Soweit im abgelaufenen Quartal der Gerichtsvollzieherin oder dem Gerichtsvollzieher gewährte Vorschüsse ganz oder teilweise verbraucht wurden, sind diese in der Schlusszusammenstellung jeweils getrennt mit DR II-Nr. und dem Kassenzeichen der Gerichtskasse anzugeben.
 4. Sind der Zentralen Abrechnungsstelle zum Zeitpunkt der Quartalsabrechnung zurückzuzahlende Vorschüsse einer Gerichtskasse bekannt, so erfolgt die Rückzahlung an die Gerichtskasse in Höhe des verbrauchten Vorschussbetrages. Hat die Gerichtsvollzieherin oder der Gerichtsvollzieher keinen Auszahlungsanspruch bzw. reicht dieser zur Tilgung eines Vorschusses nicht aus, so ist der Ausgleich des verbrauchten Vorschussbetrages seitens der Gerichtsvollzieherin oder des Gerichtsvollziehers durch Überweisung an die Gerichtskasse vorzunehmen.

2.

Dieser Runderlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Der Runderlass betreffend die Hessischen Ergänzungsbestimmungen zur Gerichtsvollzieherordnung vom 21. März 2000 (JMBl. S. 104), geändert durch Runderlass vom 13. März 2002 (JMBl. S. 242), ist gegenstandslos.

Nr. 9 Haftkostenbeitrag für das Kalenderjahr 2007 gemäß § 50 Abs. 2 StVollzG. RdErl. d. MdJ v. 25. 1. 2007 (4515 - IV/A 3 - 2006/1427 - IV/A) – JMBl. 164 –

I.

Das Bundesministerium der Justiz hat mit Bekanntmachung vom 6. Oktober 2006 die Festsetzung der Haftkostenbeiträge für das Kalenderjahr 2007 im Bundesanzeiger Nummer 195/05 (S. 6727) wie folgt bekannt gegeben:

Auf Grund des § 50 Abs. 2 des Strafvollzugsgesetzes wird der Betrag der gemäß §17 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch bewerteten Sachbezüge für das Kalenderjahr 2007 wie folgt festgestellt und bekannt gegeben:

Für das Gebiet der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein:

A) für **Unterkunft**

1. für Gefangene bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und für Auszubildende:

bei Einzelunterbringung	137,55 Euro
bei Belegung mit zwei Gefangenen	58,95 Euro
bei Belegung mit drei Gefangenen	39,30 Euro
bei Belegung mit mehr als drei Gefangenen	19,65 Euro

2. für alle übrigen Gefangenen:

bei Einzelunterbringung	167,02 Euro
bei Belegung mit zwei Gefangenen	88,42 Euro
bei Belegung mit drei Gefangenen	68,77 Euro
bei Belegung mit mehr als drei Gefangenen	49,12 Euro

B) für **Verpflegung:**

Frühstück	44,30 Euro
Mittagessen	79,20 Euro
Abendessen	79,20 Euro.

Alle Beträge beziehen sich jeweils auf einen Monat. Für kürzere Zeiträume ist für jeden Tag ein Dreißigstel der aufgeführten Beträge zugrunde zu legen.

II.

Für die im Jugendvollzug befindlichen Freigängerinnen und Freigänger gilt die vorstehende Festsetzung entsprechend.

Nr. 10 Verlust von Dienstsiegeln. RdErl. d. MdJ v. 6. 2. 2007 (5413 - I/C1 - 2006/10740-I/C) – JMBl. S. 165 –

Der Verbleib des Prägesiegels in Form des Petschafts für Lacksiegel mit der Umschrift „Dr. Sigrun Wössner-Hellwig Notarin in Frankfurt am Main“ mit dem Landeswappen und ohne Kennziffer ist ungeklärt. Höchst vorsorglich wird es daher nachträglich zum 9. 7. 1990 für ungültig erklärt.

BEKANNTMACHUNGEN

Regelung der örtlichen Zuständigkeit für die Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren nach § 140 a Abs. 2 GVG für das Geschäftsjahr 2007. Bek. d. MdJ v. 25. Januar 2007 (4125 - III/A 1 - 2007/1027 - III/A) – JMBl. S. 166 –

In dem nachstehenden Beschluss vom 18. Dezember 2006, der hiermit zur Kenntnis gegeben wird, hat das Präsidium des Oberlandesgerichts in Frankfurt am Main nach § 140 a Abs. 2 GVG bestimmt, welche Gerichte in Hessen im Jahre 2007 für die Entscheidungen in Wiederaufnahmeverfahren örtlich zuständig sind:

„Beschluß gemäß § 140 a GVG:

Im Geschäftsjahr 2007 sind für die Entscheidungen in Wiederaufnahmeverfahren gemäß § 140 a GVG folgende Gerichte örtlich zuständig:

1. Landgerichte

Es entscheidet über Wiederaufnahmeverfahren gegen Entscheidungen des Landgerichts

Darmstadt	das Landgericht Kassel
Frankfurt am Main	das Landgericht Darmstadt
Kassel	das Landgericht Wiesbaden
Wiesbaden	das Landgericht Frankfurt am Main
Fulda	das Landgericht Gießen
Gießen	das Landgericht Fulda
Hanau	das Landgericht Limburg a. d. Lahn
Limburg a. d. Lahn	das Landgericht Marburg
Marburg	das Landgericht Hanau

Für das nach § 74 a GVG zuständige Gericht gilt abweichend von der vorstehenden Regelung in entsprechender Anwendung nach § 140 a Abs. 3 Satz 1 GVG folgendes:

Über Wiederaufnahmeanträge gegen Entscheidungen der 1., 14. und 30. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main entscheidet die 23. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main.

Über Wiederaufnahmeanträge gegen Entscheidungen der 23. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main entscheidet die 30. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main.

2. **Amtsgerichte**

Es entscheidet über Wiederaufnahmeverfahren gegen Entscheidungen eines Amtsgerichts aus dem Landgerichtsbezirk

Darmstadt	das Amtsgericht Kassel
Frankfurt am Main	das Amtsgericht Darmstadt
Kassel	das Amtsgericht Wiesbaden
Wiesbaden	das Amtsgericht Frankfurt am Main
Fulda	das Amtsgericht Gießen
Gießen	das Amtsgericht Fulda
Hanau	das Amtsgericht Limburg a. d. Lahn
Limburg a. d. Lahn	das Amtsgericht Marburg
Marburg	das Amtsgericht Hanau

3. **Revisionsurteile**

Diese Regelung gilt entsprechend in den Fällen des § 140 a Abs. 1 Satz 2 GVG (Wiederaufnahmeanträge gegen Revisionsurteile).“

Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Personalstellen des nichtrichterlichen Dienstes des Hessischen Finanzgerichts (Stichtag: 1. Juni 2006). Bek. d. MdJ v. 2. 2. 2007 (1100/15 - I/A 2 - 2006/6495 - II/A) – JMBl. S. 167 –

Die Frauenbeauftragte für den nichtrichterlichen Dienst sowie der Personalrat beim Hessischen Finanzgericht haben dem Frauenförderplan zugestimmt.

Der Frauenförderplan enthält:

1. Die Personalstellen des nichtrichterlichen Dienstes bei dem Hessischen Finanzgericht
 - a) Höherer Dienst
 - b) Gehobener Dienst
 - c) Mittlerer Dienst
 - d) Einfacher Dienst
 - e) Vergütungsgruppen
 - f) Lohngruppen
2. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen nach § 5 Abs. 6 HGIG.

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2008									
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
	06.06 - 05.08										
	06.08 - 05.10										
	06.10 - 05.12										
A 16 AZ	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
A 16	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
A 15	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
A 14	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0	0	0,00	0,00	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
A 13 H	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
Höherer Dienst insg.	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte Unbefristet davon				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte davon					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*	ohne*	
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
0	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0	0	0	0,00	0	0	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,0
												0,0
												0,0
0	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht					
Personalstellen:		0					
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	für Beförde- rung
A	B	C	D	E	F	G	H
	06.06 - 05.08				0,00	0,00	
	06.08 - 05.10				0,00	0,00	
	06.10 - 05.12				0,00	0,00	
A 16 AZ	06.06 - 05.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 16	06.06 - 05.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 15	06.06 - 05.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 14	06.06 - 05.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	1		1	0,00	0,00	
A 13 H	06.06 - 05.08	0	0		0,00		51,0
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0		0,00		51,0
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0		0,00		51,0
Gehobener Dienst insg.	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00		
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	1	0	1	0,00		

Beförderung* Beförderung ohne Stellenbesetzung

gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
50,0	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	ja	ja
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Gehobener Dienst

Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2008									
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 13 Z	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
A 13 S	06.06 - 05.08	2	0	2	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
A 12	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
A 11	06.06 - 05.08	4	1	3	0,00	0	0	0,00	0,00	0	1,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
A 10	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0	0,50
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
A 9	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
Gehobener Dienst insg.	06.06 - 05.08	7	1	6	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**
 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte Unbefristet davon				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch. davon			Gesamt ohne Ersatzkräfte davon				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*		ohne*
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0	0	0	0,00	0	0	2,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
0	0	0	0	0,00	0	0	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,0
2	1	0	0	0,00	0	0	5,00	40,00	40,00	60,00	60,00	38,0
1	1	0	0	0,00	0	0	0,50	100,00	100,00	0,00	0,00	0,0
				0,00								
				0,00								
0	0	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00								
				0,00								
3	1,50	0	0,00	0,00	0,00	0,00	8,50	29,41	29,41	70,59	70,59	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-29,4
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-29,4

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht					
Personalstellen:		0					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 13 Z	06.06 - 05.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00	0,00	
A 13 S	06.06 - 05.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	1		1	0,00	0,00	
A 12	06.06 - 05.08	0		0	0,00	40,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 11	06.06 - 05.08	0		0	40,00	100,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 10	06.06 - 05.08	0		0	100,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 9	06.06 - 05.08				0,00		51,0
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00		51,0
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00		51,0
Gehobener Dienst insg.	06.06 - 05.08	0	0	0	29,41		
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	1	0	1	0,00		

Beförderung* Beförderung ohne Stellenbesetzung

Bericht												
gaben												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
50,00	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	ja	nein
50,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
41,00	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	ja	nein
41,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
41,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
100,00	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	ja	nein
100,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
100,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Mittlerer Dienst

Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2008									
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00			0,00			0,00
A 9 S	06.06 - 05.08	2	0	2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,60
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00						
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00						
A 8	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00			0,00			0,00
A 7	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Mittlerer Dienst insg.	06.06 - 05.08	3	0	3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,60
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				davon			davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*	ohne*	
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1,0	0,00	0,00	100,00	100,00	-100,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
1	0,60	0	0,00	0,40	0,40	0,00	2,6	23,08	23,08	76,92	76,92	23,1
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-60,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
1	0,60	0	0,00	0,40	0,40	0,00	3,6	16,67	16,67	83,33	83,33	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,7
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,7

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht					
Personalstellen:		0					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	für Beförde- rung
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	06.06 - 05.08	0		0	0,00	23,08	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 9 S	06.06 - 05.08	0		1	23,08	0,00	51,0
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	51,0
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	51,0
A 8	06.06 - 05.08	0	0		0,00	0,00	0,0
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0		0,00	0,00	0,0
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0		0,00	0,00	0,0
A 7	06.06 - 05.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00	0,00	
A 6	06.06 - 05.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00	0,00	
A 5	06.06 - 05.08				0,00		
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00		
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00		
Mittlerer Dienst insg.	06.06 - 05.08	0	0	1	16,67		
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00		

Die einzige A 8-Stelle im Stellenplan ist in 2006 über die PVS mit einer Angestelltenstelle besetzt worden. Sie wird ab dem Haushaltsjahr 2007 als Angestelltenstelle ausgewiesen.

Einfacher Dienst

Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2008									
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 5 Z	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5 S	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
A 4	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
A 3	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
A 2	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Einfacher Dienst insg.	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit*	Männer in % ohne*	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0	0	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht					
Personalstellen:		0					
	Abschätzung freierwerdender Stellen						Zielvor
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	für Beförderung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 5 Z	06.06 - 05.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0		0	0,00	0,00	
A 5 S	06.06 - 05.08	0	0		0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0		0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0		0,00	0,00	
A 4	06.06 - 05.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00	0,00	
A 3	06.06 - 05.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00	0,00	
A 2	06.06 - 05.08				0,00		
2. Abschnitt	06.08 - 05.10				0,00		
3. Abschnitt	06.10 - 05.12				0,00		
Einfacher Dienst insg.	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00		
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00		

Freierwerdende Wachtmeisterstellen sollen nach einer Vorgabe des Hessischen Rechnungshofs nur noch mit Angestellten besetzt werden. Dies ist bei zwei von drei Stellen bereits geschehen.

Besoldungsgruppen
Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2008									
Besoldungs- gruppe	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
außertariflich	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
I	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Ia	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Ib	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IIa	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IIb	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IIa S	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
III	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IVa	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IVb	06.06 - 05.08	1	1	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10							0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12							0,00			0,00
Va	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Vb	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00

beschäftigte Unbefristet davon				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte davon					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
Frauen		Männer		insges.	davon		insges.	Frauen in %		Männer in %		
St.-ant.	St.-ant.	insges.	Frauen		Männer	mit*		ohne*	mit*	ohne*		
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	100,00	100,00	0,00	0,00	100,0
				0,00								
				0,00								
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Besoldungsgruppen
Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2008									
Besoldungs- gruppe	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
Vb S	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Vc	06.06 - 05.08	5	5	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10							0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12							0,00			0,00
VIa	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
VIb	06.06 - 05.08	7	6	1	2,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,30
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
VII	06.06 - 05.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
VIII	06.06 - 05.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10										
3. Abschnitt	06.10 - 05.12										
VIII S	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IXa	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
IXb	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
X	06.06 - 05.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0,00			0,00			0,00
Vergüt.-- grupp. insg.	06.06 - 05.08	14	12	2	2,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,30
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

 mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
Unbefristet				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit*	ohne*	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	100,00	100,00	0,00	0,00	
				0,00								
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
6	3,30	0	0,00	1,70	1,70	0,00	12,30	91,87	90,29	8,13	9,71	47,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,0
												0,0
												0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
6	3,30	0	0,00	1,70	1,70	0,00	19,30	89,64	88,44	10,36	11,56	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-89,6
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-89,6

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht		
Personalstellen:		0		
Abschätzung freierwerdender Stellen				
Vergütungsgruppe	Zeitraum: Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetzende Stellen	prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %
		insgesamt	Stellen- besetzung	insgesamt
A	B	C	D	E
außertariflich	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
I	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Ia	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Ib	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IIa	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IIb	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IIa S	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
III	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IVa	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IVb	06.06 - 05.08	0	0	100,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Va	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Vb	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			

Vergütungsgruppen
Abschät

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht		
Personalstellen:		0		
Abschätzung freierwerdender Stellen				
Vergütungsgruppe	Zeitraum: Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetzende Stellen	prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %
		insgesamt	Stellen- besetzung	insgesamt
A	B	C	D	E
Vb S	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Vc	06.06 - 05.08	1	1	100,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	1	1	0,00
Vla	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Vlb	06.06 - 05.08	0	0	91,87
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0,00
VII	06.06 - 05.08	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0,00
VIII	06.06 - 05.08	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0,00
VIII S	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IXa	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
IXb	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
X	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
Vergüt.- grupp. insg.	06.06 - 05.08	1	1	89,64
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	1	1	0,00

Lohngruppen

Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2012									
Vergütungsgruppe	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
9	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
8	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
7	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
6	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
5	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
4a	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
4	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
3	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
2a	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00
2	06.06 - 05.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0			0			0			0,00

Lohngruppen

Ist

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht									
Personalstellen:											
Istanalyse für den Zeitraum:		1. 6. 2006 – 31. 5. 2012									
Vergütungs- gruppe	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit St.-ant. insges.
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
1	06.06 - 05.08	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0			0			0,00
Lohn- grupp. insg.	06.06 - 05.08	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

Lohngruppen

Abschät

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht		
Personalstellen:		0		
Abschätzung freierwerdender Stellen				
Besoldungs- gruppe	Zeitraum: Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetzende Stellen	prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %
		insgesamt	Stellen- besetzung	insgesamt
A	B	C	D	E
9	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
8	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
7	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				davon			davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*		ohne*
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Zielvorgaben	Bericht					
Zielvorgabe: davon Frauen in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Zielvorgabe erfüllt ja/nein
Stellenbesetzung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellenbesetzung
F	G	H	I	J	K	L
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja
			0,0	0	0,0	ja

Dienststelle:		Hessisches Finanzgericht		
Personalstellen:		0		
Abschätzung freierwerdender Stellen				
Besoldungsgruppe	Zeitraum: Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetzende Stellen	prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %
		insgesamt	Stellen- besetzung	insgesamt
A	B	C	D	E
6	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
5	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
4 a	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
4	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
3	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
2 a	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
2	06.06 - 05.08			0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10			0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12			0,00
1	06.06 - 05.08	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	1	1	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0,00
Lohn- grupp. insg.	06.06 - 05.08	0	0	0,00
2. Abschnitt	06.08 - 05.10	1	1	0,00
3. Abschnitt	06.10 - 05.12	0	0	0,00

Alle beim Hessischen Finanzgericht beschäftigten Arbeiterinnen sind zum 1. 1. 2006 an das Hessische Immobilien-Management versetzt worden. Eine Neubesetzung der Stellen erfolgt nicht.

Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen nach § 5 Abs. 6 HGIG:

a) **Beamtenbereich**

Eine Beamtin nimmt zur Zeit am Aufbaulehrgang „Justizmanagement“ teil und soll nach Abschluss ihrer Ausbildung verstärkt im Verwaltungsbereich eingesetzt werden.

Einer Beamtin wurde ein Heimarbeitsplatz geschaffen.

b) **Angestellte**

Eine Angestellte wurde zur Bilanzbuchhalterin ausgebildet und erhielt eine mit Vergütungsgruppe IV b BAT dotierte Stelle.

Durch Schaffung von Service-Einheiten konnten die bis auf eine Ausnahme nur mit weiblichen Arbeitskräften besetzten Stellen nach Vergütungsgruppe V c bzw. VI b BAT höher gruppiert werden.

Aushilfs- bzw. Erziehungsurlaubs-Vertretungskräfte konnten teilweise in feste Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Über die PVS wurden zwei Arbeitskräfte aus anderen Verwaltungsbereichen zum Hessischen Finanzgericht geholt.

Die Frauenbeauftragte für den nichtrichterlichen Bereich und ihre Vertreterin wurden in spezifisch für diesen Bereich angebotenen Schulungen fortgebildet.

Der Geschäftsleiter und die stellvertretende Frauenbeauftragte haben an einer Schulung zum Thema „Gender Main Streaming“ teilgenommen.

Von den Angeboten der Schulungen im Rahmen der Modernisierung wurde gerade im Bereich der Serviceeinheiten und der Automationsbetreuung lebhafter Gebrauch gemacht.

Für die durch die Umstellung auf neue Systeme entstandene Mehrarbeit und außerordentliches Engagement konnte insgesamt 15 weiblichen und 3 männlichen Bediensteten eine Leistungsprämie gezahlt werden.

Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Personalstellen des nichtrichterlichen Dienstes (Beamtinnen und Beamte) in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (Stichtag 1. August 2006). Bek. d. MdJ. v. 26. 1. 2007 (1100/15 - I/A 2 - 2006/6496 - II/A) – JMBI. S. 199 -

Die besondere Frauenbeauftragte für den nichtrichterlichen Dienst sowie der Bezirkspersonalrat beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof haben dem Frauenförderplan zugestimmt.

Der Frauenförderplan enthält:

1. Die Personalstellen des nichtrichterlichen Dienstes (Beamtinnen und Beamte) in der Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - a) Höherer Dienst
 - b) Gehobener Dienst
 - c) Mittlerer Dienst
 - d) Einfacher Dienst

2. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen nach § 5 Abs. 6 HGIG.

Höherer Dienst / Beamtinnen/Beamte
Ist

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit									
Personalstellen:		höherer Dienst									
Istanalyse für den Zeitraum:		08.2006 bis 07.2012									
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 15	08.06 - 07.08	1	0	1	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 14	08.06 - 07.08	4	1	3	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13	08.06 - 07.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
Höherer Dienst insg.	08.06 - 07.08	5	1	4	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

 mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte Unbefristet davon				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch. davon			Gesamt ohne Ersatzkräfte davon				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*		ohne*
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			4,00	25,00	25,00	75,00	75,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	20,00	20,00	80,00	80,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-20,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-20,0

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit					
Personalstellen:		höherer Dienst					
	Abschätzung freierwerdender Stellen						Zielvor
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	für Beförde- rung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 16 Z	08.06 - 07.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 16	08.06 - 07.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 15	08.06 - 07.08	1,00		1,00	0,00	25,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 14	08.06 - 07.08				25,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 13	08.06 - 07.08				0,00		51,0
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00		51,0
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00		51,0
Höherer Dienst insg.	08.06 - 07.08	1,00	0,00	1,00	20,00		
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0,00	0,00	0,00	0,00		
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0,00	0,00	0,00	0,00		

Bericht												
gaben												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
25,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
26,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
27,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
25,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
26,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
27,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Gehobener Dienst

Ist

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit									
Personalstellen:		Gehobener Dienst									
Istanalyse für den Zeitraum:		08.2006 bis 07.2012									
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 13 Z	08.06 - 07.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13 S	08.06 - 07.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 12	08.06 - 07.08	4	1	3	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 11	08.06 - 07.08	4	1	3	0,00			1,55	1,55		0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 10	08.06 - 07.08	2	0	2	0,00	1,00		0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9	08.06 - 07.08	1	1		0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
Gehobener Dienst insg.	08.06 - 07.08	11	3	8	0,00	0,00	0,00	1,55	1,55	0,00	0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**
 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit*	ohne*	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			4,00	25,00	25,00	75,00	75,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,0
				0,00			5,55	45,95	45,95	54,05	54,05	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-45,9
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-45,9
				0,00			2,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			1,00	100,00	100,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-100,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-100,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	12,55	36,25	36,25	63,75	63,75	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-36,3
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-36,3

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit					
Personalstellen:		Gehobener Dienst					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung*	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 13 Z	08.06 - 07.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 13 S	08.06 - 07.08	0,00			0,00	25,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0,00			0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	1,00		1,00	0,00	0,00	
A 12	08.06 - 07.08	1,00		1,00	25,00	45,95	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	2,00		2,00	0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0,00			0,00	0,00	
A 11	08.06 - 07.08	1,00		1,00	45,95	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	1,00		1,00	0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	1,00		1,00	0,00	0,00	
A 10	08.06 - 07.08	0,00			0,00	100,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	2,00		2,00	0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0,00			0,00	0,00	
A 9	08.06 - 07.08	2,00	2,00		100,00		51,0
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	1,00	1,00		0,00		51,0
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0,00			0,00		51,0
Gehobener Dienst insg.	08.06 - 07.08	4,00	2,00	2,00	36,25		
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	6,00	1,00	5,00	0,00		
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	2,00	0,00	2,00	0,00		

Beförderung* Beförderung ohne Stellenbesetzung

A 9 Ein Stellenanteil für Einlösung PVS-Vermerk vorgesehen

Bericht												
gaben												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung*	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
25,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
26,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
27,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
46,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
47,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
48,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
100,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Mittlerer Dienst
Ist

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit									
Personalstellen:		mittlerer Dienst									
Istanalyse für den Zeitraum:		08.2006 bis 07.2012									
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	08.06 - 07.08	1	0	1	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9 S	08.06 - 07.08	6	2	4	1,00	1,00	0,00	0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 8	08.06 - 07.08	3	1	2	1,00	1,00		1,60	1,60	0,00	0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 7	08.06 - 07.08	5	3	2	3,00	3,00	0,00	1,85	1,85		0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	08.06 - 07.08	0			0,00			1,00	1,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	08.06 - 07.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
Mittlerer Dienst insg.	08.06 - 07.08	15	6	9	5,00	5,00	0,00	4,45	4,45	0,00	0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

 mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit*	Männer in % ohne*	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			1,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,50			7,0	42,86	33,33	57,14	66,67	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-42,9
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-42,9
				1,90	1,90		5,6	64,29	56,52	35,71	43,48	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,3
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,3
				1,00	1,00		9,9	79,70	70,80	20,30	29,20	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-79,7
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-79,7
				0,00			1,0	100,00	100,00	0,00	0,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-100,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-100,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	2,90	2,90	0,00	24,5	63,19	53,73	36,81	46,27	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-63,2
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-63,2

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit					
Personalstellen:		mittlerer Dienst					
	Abschätzung freierwerdender Stellen						Zielvor
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	für Beförde- rung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	08.06 - 07.08	1,00		1,00	0,00	33,33	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	2,00		2,00	0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 9 S	08.06 - 07.08	1,00		1,00	42,86	56,52	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	1,00		1,00	0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 8	08.06 - 07.08	2,00		2,00	64,29	70,80	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 7	08.06 - 07.08				79,70	100,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 6	08.06 - 07.08				100,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 5	08.06 - 07.08				0,00		
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00		
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00		
Mittlerer Dienst insg.	08.06 - 07.08	4,00	0,00	4,00	63,19		
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	3,00	0,00	3,00	0,00		
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0,00	0,00	0,00	0,00		

A 6 2 freie Stellenanteile für Einlösung KW und PVS-Vermerk vorgesehen

Zielvorgaben trotz ausreichendem Frauenanteil aufgrund vorgesehener Personalmaßnahmen

gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
34,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
35,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
36,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
57,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
58,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
59,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
51,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
52,0			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Einfacher Dienst

Ist

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit									
Personalstellen:		einfacher Dienst									
Istanalyse für den Zeitraum:		08.2006 bis 07.2012									
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 6	08.06 - 07.08	2	0	2	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5 S	08.06 - 07.08	9	0	9	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 4	08.06 - 07.08	3	0	3	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 3	08.06 - 07.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
A 2	08.06 - 07.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0			0,00			0,00			0,00
Einfacher Dienst insg.	08.06 - 07.08	14	0	14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit*	ohne*	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			2,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			9,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			3,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	14,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Dienststelle:		Hessische Verwaltungsgerichtsbarkeit					
Personalstellen:		einfacher Dienst					
	Abschätzung freierwerdender Stellen						Zielvor
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetz- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	für Beförde- rung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 6	08.06 - 07.08	1,00		1,00	0,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 5 S	08.06 - 07.08	2,00		2,00	0,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 4	08.06 - 07.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	
A 3	08.06 - 07.08				0,00	0,00	20,0
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00	0,00	20,0
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00	0,00	20,0
A 2	08.06 - 07.08				0,00		
2. Abschnitt	08.08 - 07.10				0,00		
3. Abschnitt	08.10 - 07.12				0,00		
Einfacher Dienst insg.	08.06 - 07.08	3,00	0,00	3,00	0,00		
2. Abschnitt	08.08 - 07.10	0,00	0,00	0,00	0,00		
3. Abschnitt	08.10 - 07.12	0,00	0,00	0,00	0,00		

Bemerkung: Für den Justizwachtmeisterdienst gibt es überwiegend männliche Bewerber. Daher sind nur geringe Zielvorgaben möglich. Es gibt keine weiblichen Beamtinnen des einfachen Dienstes. Daher können Beförderungsstellen nur mit Männern besetzt werden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen gemäß § 5 Abs. 6 HGIG:

1. Personalentwicklung:

Das nichtrichterliche Personal des Geschäftsbereichs wird durch das Angebot des Hessischen Ministeriums der Justiz „Schulungen und Fortbildungen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und das Hessische Ministerium der Justiz“ in den Bereichen Sozial- und Führungskompetenz, Haushalts- und Rechnungswesen, Fachwissen und Organisation und allgemeine und justizspezifische EDV sowie durch hauseigene bedarfsgerechte Schulungen fortgebildet.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familienpflichten wird die Tagung MODSK 055 Zeitmanagement/Selbstmanagement unter dem Aspekt der Doppelbelastung durch Beruf und Familie angeboten.

Die Fortbildungsprogramme werden auch an beurlaubte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übersandt.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

Mit den Personalvertretungen sind im Geschäftsbereich Dienstvereinbarungen bzgl. gleitender Arbeitszeit abgeschlossen worden. Darüber hinaus gibt es die verschiedensten Arbeitszeitmodelle, die sowohl in der Stundenanzahl als auch bzgl. der Verteilung der Arbeitszeit den speziellen Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familienpflichten Rechnung tragen.

Den Anträgen auf Teilzeitbeschäftigung bzw. Beurlaubung wird im Rahmen der Vorschriften des Beamten- und Tarifrechts stattgegeben. Den Wünschen nach flexibler Arbeitszeitgestaltung wird ebenfalls Rechnung getragen, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstanden.

3. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen

Mit der im abgelaufenen Frauenförderplan beabsichtigten stufenweisen Höherbewertung der Dienstposten im gehobenen Dienst hat der Haushaltsgesetzgeber inzwischen begonnen. Über die weitere angemessene Anhebung der Bewertung der Dienstposten der Geschäftsleitungen bei den Verwaltungsgerichten und ihren Vertretungen im Hinblick auf die stark angestiegenen Anforderungen wird mit dem hessischen Ministerium der Justiz im Zusammenhang mit den Anmeldungen zu den Stellenplänen der kommenden Haushaltsjahre verhandelt werden.

Im mittleren Dienst sind in meinem Geschäftsbereich häufig weibliche Bedienstete tätig. Durch die Einrichtung von Serviceeinheiten ist die frühere arbeitsteilige Arbeitsweise der Geschäftsstellen, der Registraturen und des Schreibdienstes aufgelöst worden. Darüber hinaus werden die Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes zur Unterstützung der Geschäftsleitungen eingesetzt. Die Mitarbeiterinnen arbeiten auf anspruchsvollen Mischarbeitsplätzen. Sie sind auf diese Tätigkeit

durch Qualifizierungsmaßnahmen vorbereitet worden und werden durch ständige Fortbildungsangebote in die Lage versetzt, auf einem hohen Qualitätsstandard zu arbeiten.

Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Personalstellen des nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Dienstes der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften (Stichtag 1. Juli 2006). Bek. d. MdJ. v. 26. 1. 2007 (1100/15 - I/A 2 - 2006/6498 - II/A) – JMBl. S. 217 –

Die besondere Frauenbeauftragte für den nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Dienst sowie die Bezirkspersonalräte bei dem Oberlandesgericht und der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht haben dem Frauenförderplan zugestimmt.

Der Frauenförderplan enthält die Personalstellen des nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Dienstes der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften:

1. Höherer Dienst

- Verwaltungsdienst
- Wirtschaftsreferentinnen/-referenten bei den Staatsanwaltschaften
- Professorinnen/Professoren an der Verwaltungsfachhochschule Rotenburg a. d. Fulda – Fachbereich Rechtspflege –

2. Gehobener Dienst

- Rechtspflegerdienst
- Amtsanwaltsdienst
- Sozialdienst (Bewährungs- und Gerichtshilfe)
- Gehobener Justizverwaltungsdienst (prüfungsfreier Aufstieg)

3. Mittlerer Dienst

- Mittlerer Justizdienst
- Gerichtsvollzieherdienst
- Justizvollziehungsdienst
- Werkdienst
- Mittlerer Justizverwaltungsdienst (prüfungsfreier Aufstieg)

4. Einfacher Dienst

- Justizwachtmeisterdienst

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts									
Personalstellen		des höheren nichtrichterlichen Dienstes – Verwaltungsdienst –									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	davon Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
B 8	07.06 - 06.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0			0			0,00
B 7	07.06 - 06.08	0			0			0			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0			0			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0			0			0,00
B 6	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 4	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 3	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 2	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 1	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 16 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 16	07.06 - 06.08	0	0	0	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 15	07.06 - 06.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 14	07.06 - 06.08	15	3	12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13	07.06 - 06.08	3	0	3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Höherer Dienst insg.	07.06 - 06.08	19	3	16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts					
Personalstellen		des höheren nichtrichterlichen Dienstes – Verwaltungsdienst –					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
B 8	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 7	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 6	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 5	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 4	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 3	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 2	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 1	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 16 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 16	07.06 - 06.08	1		1	0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00	0,00	
A 15	07.06 - 06.08	1		1	0,00	20,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00	0,00	

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts					
Personalstellen		des höheren nichtrichterlichen Dienstes – Verwaltungsdienst –					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetz- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 14	07.06 - 06.08	2		2	20,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2		2	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	4		4	0,00	0,00	
A 13	07.06 - 06.08	1		1	51,00		51,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	4		4	51,00		51,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3		3	51,00		51,00
Höherer Dienst insg.	07.06 - 06.08	5	0	5	15,79		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	6	0	6	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	7	0	7	0,00		

Anmerkungen zu Spalte 1:

Bes.Gr. A 15: Die Zielvorgabe beträgt entsprechend dem Frauenanteil der nächstniedrigen Besoldungsgruppe 20% und wird für die nachfolgenden Zweijahreszeiträume fortgeschrieben.

Bes.Gr. A 14: Da es in der Besoldungsgruppe A 13 keine Frauen gibt, wird die Zielvorgabe für das erste Beförderungsamt entsprechend der Quote für die Stellenbesetzung festgelegt.

gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
51,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
51,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
51,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Bes.Gr. A 13: Da Frauen im Höheren Verwaltungsdienst unterrepräsentiert sind, beträgt die Zielvorgabe für Stellenbesetzungen 51%.

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Generalstaatsanwalts									
Personalstellen		des höheren nichtrichterlichen Dienstes – Wirtschaftsreferentinnen									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
B 8	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 7	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 6	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 4	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 3	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 2	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
B 1	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 16 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 16	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 15	07.06 - 06.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 14	07.06 - 06.08	5	0	5	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13	07.06 - 06.08	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Höherer Dienst insg.	07.06 - 06.08	5	0	5	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Generalstaatsanwalts					
Personalstellen		des höheren Dienstes – Wirtschaftsreferentinnen und Wirtschafts					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
B 8	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 7	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 6	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 5	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 4	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 3	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 2	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
B 1	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 16 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 16	07.06 - 06.08				0,00	100,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 15	07.06 - 06.08				100,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Generalstaatsanwalts					
Personalstellen		des höheren Dienstes – Wirtschaftsreferentinnen und Wirtschafts					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu besetz- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 14	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 13	07.06 - 06.08	0		0	0,00		51,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00		51,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00		51,00
Höherer Dienst insg.	07.06 - 06.08	0	0	0	16,67		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00		

Anmerkung zu Spalte H:

Frauen sind insgesamt im Bereich der Wirtschaftsreferentinnen und Wirtschaftsreferenten bei der Staatsanwaltschaft unterrepräsentiert. Im Eingangsamts der Bes.Gr. A 13 sind daher mehr als die Hälfte der Personalstellen zur Besetzung durch Frauen vorgesehen.

referenten bei den Staatsanwaltschaften –												
gaben	Bericht											
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Anmerkung Spalte I:

Für Beförderungen in die Bes. Gr. A 14 stehen i. d. R. ausreichend Stellen zur Verfügung, um alle Beamtinnen und Beamte, die die Voraussetzungen erfüllen, befördern zu können. Auf die Festlegung von Zielvorgaben und die Abschätzung frei werdender Stellen (Sp. C und E wird daher verzichtet).

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und Professorinnen und Professoren am Studienzentrum der Finanzverwaltung									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
C 4	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
C 3	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
C 2	07.06 - 06.08	1	0	1	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
C 1	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
C-Besoldung insg.	07.06 - 06.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Beurlaubten

ohne* = Ohne die Beurlaubten

des Generalstaatsanwalts
und Justiz – Verwaltungsfachhochschule Fachbereich Rechtspflege, Rotenburg a. d. Fulda

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit* ohne*		
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit* ohne*	Männer in % mit* ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	100,00	100,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und Professorinnen und Professoren am Studienzentrum der Finanzverwaltung					Zielvor	
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen				Zielvor da Frauen		
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Stellenbesetzung	
		insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	für Beförderung	Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H	
C 4	07.06 - 06.08				0,00	0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00		
C 3	07.06 - 06.08				0,00	0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00		
C 2	07.06 - 06.08	0	0		0,00	0,00	51,0	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0		0,00	0,00	51,0	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0		0,00	0,00	51,0	
C 1	07.06 - 06.08				0,00			
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00			
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00			
C-Besoldung insges.	07.06 - 06.08	0	0	0	0,00			
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00			
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00			

des Generalstaatsanwalts und Justiz – Verwaltungsfachhochschule Fachbereich Rechtspflege, Rotenburg a. d. Fulda												
gaben	Bericht											
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Gehobener Dienst
Ist

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des									
Personalstellen		des gehobenen Justizdienstes (Rechtspflegerdienst)									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 13 Z	07.06 - 06.08	15	6	9	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13 S	07.06 - 06.08	45	11	34	0,00	0,00	0,00	3,80	3,80	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 12	07.06 - 06.08	153	65	88	0,00	0,00	0,00	14,08	13,58	0,50	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 11	07.06 - 06.08	262	123	139	4,00	4,00	0,00	83,60	82,05	1,55	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 10	07.06 - 06.08	146	78	68	9,00	9,00	0,00	40,83	39,31	1,52	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9	07.06 - 06.08	195	127	68	7,00	7,00	0,00	10,15	9,65	0,50	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Gehobener Dienst insg.	07.06 - 06.08	816	410	406	20,00	20,00	0,00	152,46	148,39	4,07	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

 mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

Generalstaatsanwalts

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % ohne*		
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			Männer in % mit*
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			15,00	40,00	40,00	60,00	60,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-40,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-40,0
				0,00			48,80	30,33	30,33	69,67	69,67	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-30,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-30,3
				0,00			167,08	47,03	47,03	52,97	52,97	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-47,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-47,0
				0,00			349,60	59,80	59,33	40,20	40,67	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-59,8
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-59,8
				0,00			195,83	64,50	62,79	35,50	37,21	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,5
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,5
				0,00			212,15	67,71	66,61	32,29	33,39	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-67,7
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-67,7
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	988,46	58,51	57,66	41,49	42,34	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-58,5
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-58,5

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des					
Personalstellen		des gehobenen Justizdienstes (Rechtspflegerdienst)					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung*	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 13 Z	07.06 - 06.08	3		3	40,00	30,33	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2		2	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3		3	0,00	0,00	
A 13 S	07.06 - 06.08	12		12	30,33	47,03	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	10		10	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	10		10	0,00	0,00	
A 12	07.06 - 06.08	29		29	47,03	59,33	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	35		35	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	34		34	0,00	0,00	
A 11	07.06 - 06.08	31		31	59,80	62,79	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	45		45	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	43		43	0,00	0,00	
A 10	07.06 - 06.08				64,50	66,61	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 9	07.06 - 06.08				67,71		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Gehobener Dienst insg.	07.06 - 06.08	75	0	75	58,51		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	92	0	92	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	90	0	90	0,00		

Beförderung* Beförderung ohne Stellenbesetzung

Anmerkung zu Spalte I:

Die deutlich unter 50% liegenden Frauenanteile in den Bes.Gr. A 13 Z, und A 13 stellen eine bei der Festlegung der Quote zu berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG dar. Die Frauenquote wird daher wie folgt gebildet:

Es wird vom derzeitigen Anteil der Frauen in der nächstniedrigen Bes.Gr. ausgegangen (Stichtag: 30. 6. 2006) und ein lineares Wachstum von 1% pro Jahr zugrundegelegt.

Generalstaatsanwalts												
gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung*	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
32,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
34,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
36,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
49,03			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
51,03			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
53,03			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
59,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
59,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
59,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

In der Bes.Gr. A 12 liegt der Frauenanteil nicht deutlich unter 50%, so dass sich die Frauenzielquote an dem Frauenanteil der Bes.Gr. A 11 orientiert.

Für die Bes.Gr. A 11 und A 10 ist keine Zielvorgabe erforderlich, da der Frauenanteil bereits mehr als 50% beträgt. Gleiches gilt für Stellenbesetzungen in dem Eingangsamt der Bes.Gr. A 9.

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Generalstaatsanwalts									
Personalstellen		des Amtsanzwaltsdienstes									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	davon Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 13 Z	07.06 - 06.08	9	0	9	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13 S	07.06 - 06.08	46	15	31	0,00	0,00	0,00	2,17	2,17	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 12	07.06 - 06.08	27	13	14	2,00	2,00	0,00	8,79	8,12	0,67	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 11	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 10	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Gehobener Dienst insg.	07.06 - 06.08	82	28	54	2,00	2,00	0,00	10,96	10,29	0,67	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Generalstaatsanwalts					
Personalstellen		des Amtsanwaltsdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung*	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 13 Z	07.06 - 06.08	3		3	0,00	35,64	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2		2	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00	0,00	
A 13 S	07.06 - 06.08	6		6	35,64	59,01	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	5		5	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3		3	0,00	0,00	
A 12	07.06 - 06.08	6	6		61,18	0,00	51,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	5	5		0,00	0,00	51,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3	3		0,00	0,00	51,00
A 11	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 10	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 9	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Gehobener Dienst insg.	07.06 - 06.08	15	6	9	42,43		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	12	5	7	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	6	3	3	0,00		

Beförderung* Beförderung ohne Stellenbesetzung

Anmerkung: Zugang zum Amtsanwaltsdienst haben Angehörige des gehobenen Justizdienstes (Rechtspflegerdienst) mit Zusatzausbildung.

zu Spalte H: Für Stellenbesetzungen in dem Eingangsamts A 12 des Amtsanwaltsdienstes errechnet sich die Zielquote wie folgt:

Insgesamt sind derzeit 6 Frauen und 1 Mann des Rechtspflegerdienstes im Amtsanwaltsdienst tätig. Weitere 5 Frauen werden im kommenden Jahr ihre Ausbildung für den Amtsanwaltsdienst beenden.

Der Frauenanteil an den Bediensteten, die bereits jetzt bzw. im Jahr 2007 die Voraussetzungen für die Übernahme in den Amtsanwaltsdienst erfüllen bzw. erfüllen werden, beträgt 91,67%. Die Zielvorgabe für Stellenbesetzungen in der BesGr. A 12 wird daher generell auf 51% festgelegt.

gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung*	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
37,64			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
39,64			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
41,64			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
61,01			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
63,01			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
65,01			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Anmerkung:

zu Spalte I: Die deutlich unter 50% liegenden Frauenanteile in der Bes.Gr. A 13 Z und A 13 stellen eine bei der Quote zu berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG dar.

Die Frauenzielquote wird daher wie folgt gebildet:

Es wird von dem derzeitigen Anteil der Frauen in der nächstniedrigen Bes.Gr. ausgegangen (Stichtag: 30. 6. 2006) und ein lineares Wachstum von 1% pro Jahr zugrundegelegt.

Dienststellen im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des
Personalstellen des Sozialdienstes (Bewährungs- und Gerichtshilfe)

Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012

Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 13 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13 S	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 12	07.06 - 06.08	19	5	14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 11	07.06 - 06.08	36	15	21	1,00	0,00	1,00	3,10	3,10	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 10	07.06 - 06.08	73	29	44	0,00	0,00	0,00	5,47	4,80	0,67	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9	07.06 - 06.08	4	2	2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Sozial- dienst insg.	07.06 - 06.08	132	51	81	1,00	0,00	1,00	8,57	7,90	0,67	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

Generalstaatsanwalts

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				davon			davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*	ohne*	
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			19,00	26,32	26,32	73,68	73,68	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-26,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-26,3
				0,00			40,10	45,14	46,29	54,86	53,71	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-45,1
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-45,1
				0,00			78,47	43,07	43,07	56,93	56,93	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-43,1
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-43,1
				0,00			4,00	50,00	50,00	50,00	50,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-50,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-50,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	141,57	41,60	41,90	58,40	58,10	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-41,6
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-41,6

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des Sozialdienstes (Bewährungs- und Gerichtshilfe)					
Personalstellen		Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	für Beförderung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 13 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 13 S	07.06 - 06.08				0,00	26,32	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 12	07.06 - 06.08	3		3	26,32	46,29	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	3		3	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	5		5	0,00	0,00	
A 11	07.06 - 06.08	4		4	45,14	43,07	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	4		4	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	9		9	0,00	0,00	
A 10	07.06 - 06.08	4		4	43,07	50,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	4		4	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	4		4	0,00	0,00	
A 9	07.06 - 06.08				50,00		51,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		51,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		51,00
Sozialdienst insg.	07.06 - 06.08	11	0	11	41,60		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	11	0	11	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	18	0	18	0,00		

Anmerkung zu Spalte I:

Die deutlich unter 50% liegenden Frauenanteile in den Bes.Gr. A 12 stellen eine bei der Festlegung der Quote zu berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG dar. Die Frauenzielquote wird daher wie folgt gebildet:

Es wird vom derzeitigen Anteil der Frauen in der nächstniedrigen Bes.Gr. ausgegangen (Stichtag: 30. 6. 2006) und ein lineares Wachstum von 1% pro Jahr zugrundegelegt. In der Bes.Gr. A 11 liegt der Frauenanteil nicht deutlich unter 50%, so dass sich die Frauenzielquote an dem Frauenanteil der Bes.Gr. A 10 orientiert.

Generalstaatsanwalts												
gaben	Bericht											
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
48,29			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,29			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
52,29			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
43,07			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
43,07			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
43,07			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
50,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Die jeweils 2 in der Bes. Gr. A 9 befindlichen Frauen und Männer werden in Stellen der Bes. Gr. A 10 in Unterbesetzung geführt. Deren Beförderungen erfolgen, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind (Wartefrist).

Dienststellen im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des
Personalstellen des gehobenen Justizverwaltungsdienstes (prüfungsfreier Aufstieg)

Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012

Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon		insges.	davon		insges.	davon		insges.
			Frauen	Männer		St.-ant.	St.-ant.		Frauen	Männer	
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 13 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 13 S	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 12	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 11	07.06 - 06.08	1	1	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
A 10	07.06 - 06.08	9	3	6	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
A 9	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Gehobener Dienst insg.	07.06 - 06.08	10	4	6	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

Generalstaatsanwalts

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				davon			davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*	ohne*	
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			1,00	100,00	100,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-100,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-100,0
				0,00			9,00	33,33	33,33	66,67	66,67	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-33,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-33,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	40,00	40,00	60,00	60,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-40,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-40,0

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des					
Personalstellen		des gehobenen Justizverwaltungsdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellenbesetzung	Beförderung*	für Stellenbesetzung	für Beförderung*	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 13 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 13 S	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 12	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 11	07.06 - 06.08	1		1	0,00	33,33	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	1		1	0,00	0,00	
A 10	07.06 - 06.08	0		0	33,33	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2		2	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	2		2	0,00	0,00	
A 9	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Gehobener Dienst insg.	07.06 - 06.08	1	0	1	16,67		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2	0	2	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3	0	3	0,00		

Beförderung* Beförderung ohne Stellenbesetzung

Anmerkung zu Spalte I:

Die Zielvorgabe für die Stellen der Bes.Gr. A 11 beträgt im Zweijahreszeitraum 07.06 – 06.08 entsprechend dem Frauenanteil der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe 33,33% und wird für die nachfolgenden Zweijahreszeiträume fortgeschrieben.

Die Berechnung der Zielvorgaben für die Bes.Gr. A 10 erfolgt nach folgendem Bewertungsmodell: Die Stellen der Bes.Gr. A 10 des gehobenen Justizverwaltungsdienstes haben die Funktion von Beförderungsstellen für den A 9 und A 9 Z Bereich des mittleren Justizdienstes. Es wird daher vom Frauenanteil der nächstniedrigen Besoldungsgruppen A 9 und A 9 Z im mittleren Justizdienst ausgegangen, deren Zusammensetzung dem entsprechenden Frauenförderplan entnommen wird.

Generalstaatsanwalts

Generalstaatsanwalts												
Bericht												
gaben	Bericht											
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung*	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
33,33			0,0	0	0,0	1	0	0,0	1	100,0	ja	nein
33,33			0,0	0	0,0	2	1	50,0	1	50,0	ja	ja
33,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
52,36			0,0	0	0,0	1	0	0,0	1	100,0	ja	nein
54,36			0,0	0	0,0	3	1	33,3	2	66,7	ja	nein
56,36			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	2	0	0,0	2	100,0		
	0	0	0,0	0	0,0	5	2	40,0	3	60,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Da der deutlich unter 50% liegende Frauenanteil im gehobenen Justizverwaltungsdienst insgesamt eine bei der Festlegung der Quote zu berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG darstellt, wird der Zielvorgabe ein lineares Wachstum von 1% pro Jahr zugrundegelegt.

Das ergibt zum Stichtag: 30. 06. 2006 (von 277,62 besetzten Stellen sind 139,82 mit Frauen besetzt) eine Zielvorgabe von 50,36%.

Mittlerer Dienst

Ist

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des									
Personalstellen		des mittleren Justizdienstes									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	davon Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	07.06 - 06.08	65	25	40	0,00	0,00	0,00	11,80	11,80	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9 S	07.06 - 06.08	162	68	94	0,00	0,00	0,00	38,82	35,02	3,80	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 8	07.06 - 06.08	203	77	126	9,00	9,00	0,00	65,41	63,99	1,42	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 7	07.06 - 06.08	197	116	81	25,00	24,00	1,00	50,04	50,04	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	07.06 - 06.08	166	113	53	2,00	2,00	0,00	10,42	10,42	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	793	399	394	36,00	35,00	1,00	176,49	171,27	5,22	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

Generalstaatsanwalts

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				davon			davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*		ohne*
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			76,80	47,92	47,92	52,08	52,08	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-47,9
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-47,9
				0,00			200,82	51,30	51,30	48,70	48,70	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-51,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-51,3
				0,00			277,41	54,07	52,53	45,93	47,47	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-54,1
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-54,1
				0,00			272,04	69,86	67,21	30,14	32,79	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-69,9
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-69,9
				0,00			178,42	70,29	69,96	29,71	30,04	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-70,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-70,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	1005,49	60,20	58,82	39,80	41,18	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-60,2
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-60,2

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des					
Personalstellen		des mittleren Justizdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	für Beförderung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	07.06 - 06.08	11		11	47,92	51,30	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	9		9	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	9		9	0,00	0,00	
A 9 S	07.06 - 06.08	19		19	51,30	52,53	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	20		20	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	20		20	0,00	0,00	
A 8	07.06 - 06.08	17		17	54,07	67,21	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	24		24	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	24		24	0,00	0,00	
A 7	07.06 - 06.08				69,86	69,96	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 6	07.06 - 06.08				70,29	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 5	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	47	0	47	60,20		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	53	0	53	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	53	0	53	0,00		

Anmerkung Spalte I:

In der Bes.Gr. A 9 Z liegt der Frauenanteil nicht deutlich unter 50%, so dass sich die Frauenzielquote an dem Frauenanteil der Bes.Gr. A 9 orientiert.

Für die Bes.Gr. A 9, A 8 und A 7 ist keine Zielvorgabe erforderlich, da der Frauenanteil bereits mehr als 50% beträgt. Gleiches gilt für Stellenbesetzungen in dem Eingangsamt der Bes.Gr. A 6.

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts									
Personalstellen		des Gerichtsvollzieherdienstes									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	07.06 - 06.08	45	2	43	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9 S	07.06 - 06.08	112	3	109	0,00	0,00	0,00	8,50	8,50	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 8	07.06 - 06.08	88	23	65	0,00	0,00	0,00	4,09	4,09	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 7	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Gerichtsvollz. Dienst insg.	07.06 - 06.08	245	28	217	0,00	0,00	0,00	13,59	13,59	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				insges.	davon		davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*	ohne*		
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			46,00	6,52	6,52	93,48	93,48	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,5
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,5
				0,00			120,50	9,54	9,54	90,46	90,46	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,5
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,5
				0,00			92,09	29,42	29,42	70,58	70,58	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-29,4
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-29,4
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	258,59	16,08	16,08	83,92	83,92	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,1
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,1

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts					
Personalstellen		des Gerichtsvollzieherdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	07.06 - 06.08				6,52	9,54	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 9 S	07.06 - 06.08				9,54	29,42	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 8	07.06 - 06.08				29,42	0,00	52,50
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	52,50
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	52,50
A 7	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 6	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 5	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Gerichtsvollz. Dienst insg.	07.06 - 06.08	0	0	0	16,08		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00		

Anmerkung zu Spalte H:

Die Frauenzielquote wird wie folgt gebildet:

Insgesamt sind derzeit 21 Frauen und 19 Männer des mittleren Justizdienstes im Gerichtsvollzieherdienst tätig, die ihre Bewährungszeit bereits erfolgreich abgeleistet haben bzw. innerhalb des ersten Zweijahreszeitraums noch abschließen werden.

Der Frauenanteil der Bediensteten, die im Jahr 2006 bzw. 2007 die Voraussetzungen für die Übernahme in den Gerichtsvollzieherdienst erfüllen bzw. erfüllen werden, beträgt somit 52,50%. Diese Zielvorgabe wird für sämtliche Abschnitte fortgeschrieben.

gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
11,54			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
13,54			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
15,54			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
31,42			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
33,42			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
35,42			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
 			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Anmerkung Spalte I:

Die deutlich unter 50% liegenden Frauenanteile in den Bes.Gr. A 9 Z und A 9 stellen eine bei der Feststellung der Quote zu berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG dar.

Die Frauenzielquote wird daher wie folgt gebildet:

Es wird vom derzeitigen Anteil der Frauen der nächstniedrigen Bes.Gr. ausgegangen (Stichtag: 30. 6. 2006) und ein lineares Wachstum von 1% pro Jahr zugrundegelegt.

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts									
Personalstellen		des Justizvollziehungsdienstes									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9 S	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 8	07.06 - 06.08	7	0	7	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 7	07.06 - 06.08	11	0	11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	07.06 - 06.08	9	2	7	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	27	2	25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit* ohne*		
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit* ohne*	Männer in % mit* ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			7,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			11,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			9,0	22,22	22,22	77,78	77,78	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-22,2
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-22,2
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	27,0	7,41	7,41	92,59	92,59	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,4
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,4

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts					
Personalstellen		des Justizvollziehungsdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 9 S	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 8	07.06 - 06.08	2		2	0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2		2	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	2		2	0,00	0,00	
A 7	07.06 - 06.08	1		1	0,00	22,22	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2		2	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3		3	0,00	0,00	
A 6	07.06 - 06.08	1	1		22,22	0,00	20,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	2	2		0,00	0,00	20,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	3	3		0,00	0,00	20,00
A 5	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	4	1	3	7,41		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	6	2	4	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	8	3	5	0,00		

Anmerkung: Zugang zum Justizvollziehungsdienst haben Angehörigen des Justizwachtmeisterdienstes mit Zusatzausbildung.

zu Spalte H: Im Justizwachtmeisterdienst beträgt der Frauenanteil 16,62%. In Abweichung von § 5 Abs. 4 Satz 1 HGIG ist daher als Zielvorgabe bei Stellenbesetzungen ein Frauenanteil von 20% realistisch.

gaben												
Bericht												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
10,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
10,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
22,22			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
22,22			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
22,22			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

zu Spalte I: Die Beförderung der beiden Frauen wird angestrebt.

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des									
Personalstellen		des Werkdienstes									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9 S	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 8	07.06 - 06.08	3	0	3	0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 7	07.06 - 06.08	6	0	6	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	07.06 - 06.08	1	0	1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	10	0	10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten

Generalstaatsanwalts

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte				Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)	
davon				davon			davon					
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.	insges.	Frauen	Männer	insges.	Frauen in % mit*	ohne*	Männer in % mit*		ohne*
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			3,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			6,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			1,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	10,0	0,00	0,00	100,00	100,00	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des					
Personalstellen		des Werkdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 9 S	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 8	07.06 - 06.08	1		1	0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00	0,00	
A 7	07.06 - 06.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00	0,00	
A 6	07.06 - 06.08	0		0	0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0		0	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0		0	0,00	0,00	
A 5	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	1	0	1	0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00		

Anmerkung zu Spalte 1:

Soweit Bewerberinnen vorhanden sind, die die Voraussetzungen für eine Übernahme in den Werkdienst erfüllen, wird bei künftigen Neubesetzungen deren bevorzugte Einstellung angestrebt.

Generalstaatsanwalts												
gaben	Bericht											
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Mittlerer Justizverwaltungsdienst (prüfungsfreier Aufstieg)
Ist

Dienststellen im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des
Personalstellen des mittleren Justizverwaltungsdienstes (prüfungsfreier Aufstieg)

Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012

Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 9 Z	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 9 S	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 8	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 7	07.06 - 06.08	16	2	14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 6	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	16	2	14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

 mit* = **Mit den Vollbeurlaubten**

 ohne* = **Ohne die Vollbeurlaubten**

Mittlerer Justizverwaltungsdienst (prüfungsfreier Aufstieg)
Abschät

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des					
Personalstellen		des mittleren Justizverwaltungsdienstes (prüfungsfreier Aufstieg)					
		Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	neue, freie und frei- werdende Stellen	davon zu beset- zende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellen- besetzung	Beför- derung	für Stellen- besetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 9 Z	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 9 S	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 8	07.06 - 06.08				0,00	12,50	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 7	07.06 - 06.08	0		0	12,50	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	1		1	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	1		1	0,00	0,00	
A 6	07.06 - 06.08				0,00	0,00	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 5	07.06 - 06.08				0,00		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		
Mittlerer Dienst insg.	07.06 - 06.08	0	0	0	12,50		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	1	0	1	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	1	0	1	0,00		

Anmerkung zu Spalte I:

Der deutlich unter 50% liegende Frauenanteil im mittleren Justizverwaltungsdienst insgesamt stellt eine bei der Festlegung der Quote zu berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG dar.

Die Berechnung der Zielvorgabe für die Besoldungsgruppe erfolgt nach folgendem Bewertungsmodell:

Die Stellen der Bes.Gr. A 7 des mittleren Justizverwaltungsdienstes haben die Funktion von Beförderungsstellen für den A 6 Bereich des einfachen Justizdienstes. Es wird daher von dem Frauenanteil der nächstniedrigen Besoldungsgruppe A 6 des einfachen Justizdienstes ausgegangen (vgl. Frauenförderplan einfacher Justizdienst) und ein jährliches Wachstum von linear 1% angenommen.

Generalstaatsanwalts												
gaben	Bericht											
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
5,87			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
7,87			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
9,87			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Einfacher Dienst

Ist

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des									
Personalstellen		des einfachen Justizdienstes									
Istanalyse für den Zeitraum: 07. 2006 – 06. 2012											
Besoldungs- gruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Vollzeitbeschäftigte			Vollbeurlaubte			Befristet			Teilzeit
		insges.	davon Frauen	davon Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.	davon Frauen	St.-ant. Männer	St.-ant. insges.
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
A 6	07.06 - 06.08	77	3	74	0,00	0,00	0,00	0,60	0,00	0,60	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 5 S	07.06 - 06.08	311	43	268	3,00	3,00	0,00	4,91	4,91	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 4	07.06 - 06.08	12	10	2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 3	07.06 - 06.08	8	5	3	0,00	0,00	0,00	0,40	0,40	0,00	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
A 2	07.06 - 06.08	0			0,00			0,00			0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0			0,00			0,00			0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0			0,00			0,00			0,00
Einfacher Dienst insg.	07.06 - 06.08	408	61	347	3,00	3,00	0,00	5,91	5,31	0,60	0,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

mit* = Mit den Vollbeurlaubten

ohne* = Ohne die Vollbeurlaubten


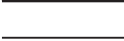

Generalstaatsanwalts

beschäftigte Unbefristet				Ersatzkräfte für beurl. u. befr. Teilzeitbesch.			Gesamt ohne Ersatzkräfte					Veränderung des Frauenanteils mit* (in %)
davon				insges.	davon		insges.	davon		Männer in % mit*	Männer in % ohne*	
Frauen	St.-ant.	Männer	St.-ant.		Frauen	Männer		Frauen in % mit*	ohne*			
M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y
				0,00			77,60	3,87	3,87	96,13	96,13	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,9
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,9
				0,00			318,91	15,96	15,17	84,04	84,83	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,0
				0,00			12,00	83,33	83,33	16,67	16,67	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-83,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-83,3
				0,00			8,40	64,29	64,29	35,71	35,71	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-64,3
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
				0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	416,91	16,62	16,02	83,38	83,98	
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,6
0	0,00	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,6

Dienststellen		im Geschäftsbereich des Präsidenten des Oberlandesgerichts und des					
Personalstellen		des einfachen Justizdienstes					
Besoldungsgruppen	Zeitraum Monat/Jahr bis Monat/Jahr	Abschätzung freierwerdender Stellen					Zielvor
		neue, freie und freiwerdende Stellen	davon zu besetzende Stellen		Prozentualer Anteil Frauen, entsprechend Istanalyse in %		Zielvor da Frauen
			insgesamt	Stellenbesetzung	Beförderung	für Stellenbesetzung	
A	B	C	D	E	F	G	H
A 6	07.06 - 06.08	8		8	3,87	15,17	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	9		9	0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	10		10	0,00	0,00	
A 5 S	07.06 - 06.08				15,96	83,33	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 4	07.06 - 06.08				83,33	64,29	
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00	0,00	
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00	0,00	
A 3	07.06 - 06.08				64,29		25,00
2. Abschnitt	07.08 - 06.10				0,00		25,00
3. Abschnitt	07.10 - 06.12				0,00		25,00
Einfacher Dienst insg.	07.06 - 06.08	8	0	8	16,62		
2. Abschnitt	07.08 - 06.10	9	0	9	0,00		
3. Abschnitt	07.10 - 06.12	10	0	10	0,00		

Anmerkung zu Spalte H:

Der nach wie vor geringe Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Angehörigen beruht auf dem Umstand, dass der Justizwachtmeisterdienst ursprünglich ein „reiner Männerberuf“ war und bezogen auf die Aufgabengebiete zum überwiegenden Teil auch weiterhin sein wird. Hinzu kommt, dass nicht genügend Bewerbungen von Frauen bei Neueinstellungen vorhanden sind. In Abweichung von § 5 Abs. 4 Satz 1 HGIG ist daher aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten als Zielvorgabe bei Neueinstellungen ein Frauenanteil von 25% realistisch.

Generalstaatsanwalts												
Bericht												
gaben												
gabe: von in %	Tatsächlich besetzte Stellen					Tatsächliche Beförderungen ohne Stellenbesetzung					Zielvorgabe erfüllt ja/nein	
Beför- derung	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Anzahl insges.	davon Frauen	in %	davon Männer	in %	Stellen- besetzung	Beför- derung
I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U
17,17			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
19,17			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
21,17			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
83,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
83,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
83,33			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	nein
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
0,00			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	ja	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
			0,0	0	0,0			0,0	0	0,0	nein	ja
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		
	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0		

Anmerkung zu Spalte I:

Der deutlich unter 50% liegende Frauenanteil in der Bes.Gr. A 6 stellt eine bei der Festlegung der Quote berücksichtigende Besonderheit i. S. d. § 5 Abs. 3 Satz 2 HGIG dar.

Die Frauenzielquote wird daher wie folgt gebildet:

Es wird vom derzeitigen Anteil der Frauen in der nächstniedrigen Bes.Gr. ausgegangen (Stichtag: 30. 06. 2006) und ein lineares Wachstum von 1% pro Jahr zugrundegelegt.

Für Beförderungen in die Bes.Gr. A 4 und A 5 stehen in der Regel ausreichend Stellen zur Verfügung, um sämtliche Beamtinnen und Beamten, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, befördern zu können.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER RECHTSANWALTS- UND NOTARKAMMERN SOWIE DES VERSORGENSWERKS DER RECHTSANWÄLTE IM LANDE HESSEN

Prüfungsordnung

**für die Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfungen
der Auszubildenden**

**Rechtsanwaltsfachangestellten und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten
der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main**

Präambel

Auf Grund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 14. November 2005 und des Beschlusses des Vorstandes vom 13. Mai 2006 erlässt die Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main als zuständige Stelle nach §§ 47 Abs. 1, 48, 71 Abs. 4 und 9, 79 Abs. 4 Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931 ff), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), auf Grundlage des BBiG und der Verordnung über die Ausbildung zum/zur Rechtsanwaltsfachangestellten, zum/zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten und zum/zur Patentanwaltsfachangestellten (ReNoPat-Ausbildungsverordnung) vom 23. November 1987 (BGBl. I S. 2392), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), die folgende Prüfungsordnung für die Durchführung von Zwischen- und Abschlussprüfungen in den folgenden anerkannten Ausbildungsberufen

**Rechtsanwaltsfachangestellter/Rechtsanwaltsfachangestellte,
Rechtsanwalts- und Notarfachangestellter/Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte**

I. Abschnitt

Prüfungsausschüsse

§ 1

Errichtung

(1) Für die Abnahme der Prüfungen errichtet die Rechtsanwaltskammer als zuständige Stelle für die Ausbildung zum Rechtsanwaltsfachangestellten/ zur Rechtsanwaltsfachangestellten, zum Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten/ zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten in jedem Landgerichtsbezirk einen oder mehrere Prüfungsausschüsse. Mehrere zuständige Stellen können bei einer von ihnen gemeinsame Prüfungsausschüsse errichten (§ 39 Abs. 1 BBiG).

(2) Der Prüfungsausschuss kann zur Bewertung einzelner, nicht mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen gutachterliche Stellungnahmen Dritter, insbesondere berufsbildender Schulen, einholen (§ 39 Abs. 2 BBiG).

(3) Im Rahmen der Begutachtung nach Absatz 2 sind die wesentlichen Abläufe zu dokumentieren und die für die Bewertung erheblichen Tatsachen festzuhalten (§ 39 Abs. 3 BBiG).

(4) Die Mitglieder und Stellvertreter mehrerer in einem Landgerichtsbezirk bestehender Prüfungsausschüsse können sich im Verhinderungsfall gegenseitig vertreten.

(5) Liegen in einem Landgerichtsbezirk weniger als 12 Anmeldungen für einen Prüfungstermin vor, so kann die Rechtsanwaltskammer die Bewerber vor Beginn der schriftlichen Prüfung einem Prüfungsausschuss eines benachbarten Landgerichtsbezirk zuweisen.

§ 2

Zusammensetzung und Berufung

(§ 40 BBiG)

(1) Der Prüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern, und zwar je einem Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie einem Lehrer einer berufsbildenden Schule.

(2) Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter berufen. Die Mitglieder und Stellvertreter müssen für ihre Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.

(3) Das Berufungsverfahren richtet sich nach § 40 Abs. 2, 3 und 5 BBiG.

§ 3

Befangenheit

(1) Bei der Zulassung und Prüfung darf nicht mitwirken, wer Angehöriger eines Prüfungsbewerbers ist. Angehörige im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Verlobte,
2. Ehegatten,
3. Partner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes,
4. Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie,
5. Geschwister,
6. Kinder der Geschwister,
7. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,
8. Geschwister der Eltern,
9. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Angehörige sind die in Satz 2 aufgeführten Personen auch dann, wenn

1. in den Fällen der Nummern 2, 3, 4 und 7 die die Beziehung begründende Ehe oder Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht,
2. in den Fällen der Nummern 4 bis 7 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist,
3. im Falle der Nummer 9 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin, wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.

(2) Halten sich Mitglieder des Prüfungsausschusses nach Abs. 1 für ausgeschlossen oder bestehen Zweifel, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 gegeben sind, ist dies der Rechtsanwaltskammer mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung trifft die zuständige Stelle, während der Prüfung der Prüfungsausschuss.

(3) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Ausübung des Prüfungsamtes zu rechtfertigen, oder wird von einem Prüfling das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat der Betroffene dies der Rechtsanwaltskammer mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Ausbilder sollen, soweit nicht besondere Umstände eine Mitwirkung zulassen oder erfordern, nicht mitwirken.

(5) Wenn infolge von Ausschluss oder Besorgnis der Befangenheit eine ordnungsgemäße Besetzung des Prüfungsausschusses nicht möglich ist, kann die Rechtsanwaltskammer die Durchführung der Prüfung einem anderen Prüfungsausschuss, erforderlichenfalls einer anderen zuständigen Stelle, übertragen oder den betroffenen Prüfling einem anderen Prüfungsausschuss zuweisen. Das gleiche gilt, wenn eine objektive Durchführung der Prüfung aus anderen Gründen nicht gewährleistet erscheint.

§ 4

Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung

(§ 41 BBiG)

(1) Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedsgruppe angehören.

(2) Der Prüfungsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn alle Mitglieder mitwirken.

(3) Der Prüfungsausschuss beschließt mit Stimmenmehrheit.

§ 5

Geschäftsführung

(1) Die Rechtsanwaltskammer regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss dessen Geschäftsführung, insbesondere Einladungen, Protokollführung und Durchführung der Beschlüsse.

(2) Die Sitzungsprotokolle sind von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 6

Verschwiegenheit

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben über alle Prüfungsvorgänge gegenüber Dritten Verschwiegenheit zu wahren. Sie haben aber das Recht, in besonderen Fällen (Mängel der Ausbildung) den Ausbildungsberater und den Berufsbildungsausschuss zu unterrichten.

II. Abschnitt

Zwischenprüfung

§ 7

Zeitpunkt

(1) Die Zwischenprüfung soll nach Ablauf des ersten Ausbildungsjahres stattfinden.

(2) § 15 Abs. 5 gilt für die Zwischenprüfung entsprechend.

§ 8

Anmeldung zur Teilnahme

Die Rechtsanwaltskammer fordert die Auszubildenden rechtzeitig zur Anmeldung der Auszubildenden für die Teilnahme an der Zwischenprüfung auf. Der Anmeldung sind beizufügen:

1. Ausbildungsvertrag,
2. schriftliche Ausbildungsnachweise,
3. Nachweis über die Einzahlung der Prüfungsgebühr.

§ 9

Zweck

Zweck der Zwischenprüfung ist die Ermittlung des jeweiligen Ausbildungsstandes, um gegebenenfalls korrigierend auf die weitere Ausbildung einwirken zu können.

§ 10

Gegenstand

Gegenstand der Zwischenprüfung sind die in der Ausbildungsverordnung für die Zeit bis zur Ablegung der Zwischenprüfung vorgesehenen Kenntnisse und Fertigkeiten, die sich aus der dem Ausbildungsrahmenplan entsprechenden sachlichen und zeitlichen Gliederung ergeben, sowie der im Berufsschulunterricht entsprechend den Rahmenlehrplänen vermittelte Lehrstoff, soweit er für die Berufsausbildung wesentlich ist.

§ 11

Aufgaben

(1) In der Zwischenprüfung werden drei Arbeiten geschrieben:

1. Recht
2. Büropraxis und -organisation
3. Wirtschafts- und Sozialkunde

(2) Die Prüfungszeit für die in Abs. 1 genannten Arbeiten beträgt jeweils 60 Minuten.

§ 12

Aufgabenerstellung

(1) Der Prüfungsausschuss beschließt die Prüfungsaufgaben nach den Anforderungen der §§ 10 und 11.

(2) Der Prüfungsausschuss ist gehalten, überregional erstellte Prüfungsaufgaben zu übernehmen, soweit sie vom Aufgabenausschuss gemäß § 23 dieser Prüfungsordnung erstellt wurden.

§ 13

Niederschrift

Über den Verlauf der Prüfung einschließlich der Feststellung des Leistungsstandes, insbesondere etwaiger Mängel, ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterschreiben.

§ 14

Prüfungsbescheinigung

- (1) Mängel im Ausbildungsstand sind gegeben, wenn die Leistungen den Anforderungen im Allgemeinen nicht entsprechen.
- (2) Über die Teilnahme wird eine Bescheinigung ausgestellt. Sie enthält die Bewertung der schriftlichen Arbeiten gem. § 33 Abs. 1 und – soweit erforderlich – Angaben über Mängel im Ausbildungsstand.
- (3) Die Bescheinigung erhält der Auszubildende, sein gesetzlicher Vertreter, der Auszubildende und die Berufsschule. Der Nachweis der Teilnahme ist Zulassungsvoraussetzung für die Abschlussprüfung, soweit Zwischenprüfungen vorgeschrieben und durchgeführt sind.

III. Abschnitt

Vorbereitung der Abschlussprüfung

§ 15

Prüfungstermine

- (1) Prüfungstermine im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 1 BBiG sind der 31. Juli und 31. Januar eines jeden Jahres.
- (2) Die Meldetermine werden von der Rechtsanwaltskammer bestimmt. Zwischen dem Meldetermin und dem ersten Tag der schriftlichen Prüfung soll ein Zeitraum von mindestens drei Monaten liegen.
- (3) Die Rechtsanwaltskammer bzw. der Prüfungsausschuss geben die jeweiligen Prüfungstage mindestens einen Monat vorher bekannt.
- (4) Wird die Abschlussprüfung mit einheitlichen überregionalen Prüfungsaufgaben durchgeführt, sind einheitliche Prüfungstage von den beteiligten Rechtsanwaltskammern anzusetzen, soweit die Durchführbarkeit sichergestellt werden kann. Das gleiche gilt bei einheitlichen Prüfungsaufgaben innerhalb des Kammerbezirks.
- (5) Der Prüfungsteilnehmer ist am Prüfungstag und an dem Tag, der der Prüfung unmittelbar vorausgeht, freizustellen.

§ 16

Zulassungsvoraussetzungen für die Abschlussprüfung

- (1) Zur Abschlussprüfung ist zuzulassen § 43 Abs. 1 BBiG
1. wer die Ausbildungszeit zurückgelegt hat oder wessen Ausbildungszeit nicht später als zwei Monate nach dem Prüfungstermin endet,
 2. wer an vorgeschriebenen Zwischenprüfungen teilgenommen sowie vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise geführt hat und
 3. wessen Berufsausbildungsverhältnis in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen oder aus einem Grund nicht eingetragen ist, den weder die Auszubildenden noch deren gesetzliche Vertreter oder Vertreterinnen zu vertreten haben.
- (2) Zur Abschlussprüfung ist ferner zuzulassen, wer in einer berufsbildenden Schule oder einer sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden ist, wenn dieser Bildungsgang der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht. Ein Bildungsgang entspricht der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, wenn er
1. nach Inhalt, Anforderung und zeitlichem Umfang der jeweiligen Ausbildungsordnung gleichwertig ist,
 2. systematisch, insbesondere im Rahmen einer sachlichen und zeitlichen Gliederung durchgeführt wird, und
 3. durch Lernortkooperation einen angemessenen Anteil an fachpraktischer Ausbildung gewährleistet (§ 43 Abs. 2 BBiG).
- (3) Besteht ein Ausbildungsvertrag zum Rechtsanwaltsfachangestellten/zur Rechtsanwaltsfachangestellten, zum Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten/zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten kann die Zulassung nur zur Prüfung zum Rechtsanwaltsfachangestellten/zur Rechtsanwaltsfachangestellten, zum Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten/zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten erfolgen.

§ 17

Zulassungsvoraussetzungen in besonderen Fällen

(§ 45 BBiG)

- (1) Auszubildende können nach Anhörung der Ausbildenden und der Berufsschule vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung zugelassen werden, wenn ihre Leistungen dies rechtfertigen (§ 45 Abs. 1 BBiG). Die Ausbildenden und die Berufsschule haben dies schriftlich zu bestätigen. Die Bescheinigung der Berufsschule ist in der Regel zu erteilen, wenn der Durchschnitt des letzten Berufsschulzeugnisses mindestens die Note 2,49 ergibt.

(2) Zur Abschlussprüfung ist auch zuzulassen, wer nachweist, dass er mindestens das Eineinhalbfache der Zeit, die als Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, in dem Beruf tätig gewesen ist, in dem die Prüfung abgelegt werden soll. Als Zeiten der Berufstätigkeit gelten auch Ausbildungszeiten in einem anderen, einschlägigen Ausbildungsberuf. Vom Nachweis der Mindestzeit nach Satz 1 kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft gemacht wird, dass der Prüfungsbewerber die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigt. Ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland sind dabei zu berücksichtigen (§ 45 Abs. 2 BBiG).

(3) Soldaten auf Zeit und ehemalige Soldaten sind nach Absatz 2 Satz 3 zur Abschlussprüfung zuzulassen, wenn das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm bestimmte Stelle bescheinigt, dass der Prüfungsbewerber berufliche Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat, welche die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen (§ 45 Abs. 3 BBiG).

§ 18

Anmeldung zur Prüfung

(1) Die Anmeldung zur Prüfung hat schriftlich nach den von der Rechtsanwaltskammer bestimmten Anmeldefristen und -formularen durch den Auszubildenden mit Zustimmung des Auszubildenden zu erfolgen.

(2) In besonderen Fällen kann der Prüfungsbewerber selbst den Antrag auf Zulassung zur Prüfung stellen. Dies gilt insbesondere in Fällen gemäß § 17 und bei Wiederholungsprüfungen, falls ein Ausbildungsverhältnis nicht mehr besteht.

(3) Örtlich zuständig für die Anmeldung ist die Rechtsanwaltskammer, wenn in deren Bezirk

- in den Fällen des § 16 und § 17 Abs. 1 die Ausbildungsstätte liegt,
- in den Fällen des § 17 Abs. 2 und 3 die Arbeitsstätte oder, soweit kein Arbeitsverhältnis besteht, der Wohnsitz des Prüfungsbewerbers liegt.

(4) Der Anmeldung sollen beigefügt werden:

1. in den Fällen des § 16

- Bescheinigung über die Teilnahme an vorgeschriebenen Zwischenprüfungen,
- vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise,
- das letzte Zeugnis der zuletzt besuchten Schule,
- gegebenenfalls weitere Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise,
- Lebenslauf (tabellarisch)

2. in den Fällen des § 17
 - die Bestätigungen gemäß § 17 Abs. 1,
 - Tätigkeitsnachweise oder glaubhafte Darlegung über den Erwerb von Kenntnissen, und Fertigkeiten im Sinne des § 17 Abs. 2 oder
 - Ausbildungsnachweise im Sinne des § 17 Abs. 3,
 - das letzte Zeugnis der zuletzt besuchten Schule,
 - gegebenenfalls weitere Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweise,
 - Lebenslauf (tabellarisch)

3. in den Fällen der Wiederholungsprüfung
 - eine Erklärung gem. § 38 Abs. 2, ob und welche schriftlichen Arbeiten auf die Wiederholungsprüfung angerechnet werden sollen.

§ 19

Prüfungsgebühr

Die Höhe der Prüfungsgebühr wird von der Rechtsanwaltskammer festgesetzt. Die Prüfungsgebühr ist bei der Anmeldung fällig. Sie ist vom Auszubildenden zu zahlen. Besteht der Prüfungsbewerber die schriftliche oder mündliche Prüfung nicht, ist die Prüfungsgebühr verfallen.

§ 20

Entscheidung über die Zulassung

(1) Über die Zulassung zur Abschlussprüfung entscheidet die Rechtsanwaltskammer. Hält sie die Zulassungsvoraussetzung nicht für gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuss (§ 46 Abs. 1 BBiG).

Die Entscheidung über die Nichtzulassung zur Prüfung ist dem Prüfungsbewerber spätestens einen Monat vor dem Termin der schriftlichen Prüfung unter Angabe der Gründe bekannt zu geben.

(2) Die Entscheidung über die Zulassung ist dem Prüfungsbewerber rechtzeitig unter Angabe des Prüfungstages und -ortes einschließlich der erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel mitzuteilen.

(3) Die Zulassung kann vom Prüfungsausschuss widerrufen werden, wenn sie aufgrund von gefälschten Unterlagen oder falschen Angaben ausgesprochen wird. Dasselbe gilt, wenn sich nachträglich herausstellt, dass wesentliche Zulassungsvoraussetzungen nicht vorliegen.

IV. Abschnitt

Durchführung der Abschlussprüfung

§ 21

Prüfungsgegenstand (§ 38 BBiG)

Durch die Abschlussprüfung ist festzustellen, ob der Prüfling die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat. In ihr soll der Prüfling nachweisen, dass er die erforderlichen beruflichen Fertigkeiten beherrscht, die notwendigen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt und mit dem ihm im Berufsschulunterricht vermittelnden für die Berufsausbildung wesentlichen Lehrstoff vertraut ist. Die Ausbildungsverordnung ist zugrunde zu legen.

§ 22

Gliederung der Prüfung

- (1) Die Prüfung wird schriftlich und mündlich durchgeführt.
- (2) Soweit behinderte Menschen an der Prüfung teilnehmen, sind deren besondere Belange bei der Prüfung zu berücksichtigen.

§ 23

Aufgabenausschuss

- (1) Der Prüfungsausschuss beschließt die Prüfungsaufgaben nach den Anforderungen der §§ 21 und 24 der Prüfungsordnung.
- (2) Für die Erstellung von zentralen Prüfungsaufgaben errichtet die Rechtsanwaltskammer einen Aufgabenausschuss.
- (3) Der Aufgabenausschuss besteht aus mindestens 12 Mitgliedern, die entsprechend § 40 BBiG berufen werden. Er bildet fachbezogene Arbeitsgruppen.
- (4) Für die Erstellung der Prüfungsaufgaben zum Prüfungsfach Fachbezogene Informationsverarbeitung wird dem Aufgabenausschuss eine Arbeitsgruppe von 3 Mitgliedern zugeordnet. Diese Mitglieder werden abweichend von Abs. 3 von der Rechtsanwaltskammer auf Vorschlag des Berufsbildungsausschusses berufen.
- (5) Der Aufgabenausschuss erstellt die Prüfungsaufgaben für den Bezirk der Rechtsanwaltskammer. Der Prüfungsausschuss ist gehalten, die zentral erstellten Aufgaben zu übernehmen. Der Aufgabenausschuss erstellt Prüfungsaufgaben auf Vorrat.
- (6) Der Prüfungsausschuss entscheidet über die zulässigen Hilfsmittel. Er soll dabei die Empfehlungen des Berufsbildungsausschusses beachten.

(7) § 6 dieser Prüfungsordnung gilt für die Mitglieder des Aufgabenausschusses entsprechend.

§ 24

Schriftliche Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung besteht aus 5 Prüfungsfächern. Der Prüfling soll praxisbezogene Fälle und Aufgaben aus seinem Ausbildungsberuf lösen und dabei zeigen, dass er Regelungen anwenden und rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen und beurteilen kann. Die erforderlichen Fertigkeiten und Kenntnisse in fachbezogener Informationsverarbeitung soll er nachweisen.

(2) Gemeinsame Prüfungsfächer sind:

1. Recht, Wirtschafts- und Sozialkunde;
das Prüfungsfach umfasst insbesondere bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Grundlagen des Verfassungsrechts, des Wirtschaftens und der Wirtschaftspolitik, Geld- und Zahlungsverkehr, Kredit;
2. Rechnungswesen;
das Prüfungsfach umfasst insbesondere berufsbezogenes Rechnen und Buchführung;
3. Fachbezogene Informationsverarbeitung;
das Prüfungsfach Fachbezogene Informationsverarbeitung umfasst
 - a) in der Textbearbeitung in 60 Minuten Formulieren und Gestalten eines fachkundlichen Textes nach Vorgaben mit Hilfe automatisierter Textverarbeitung,
 - b) in Textverarbeitung in 30 Minuten Erfassen und Gestalten eines fachkundlichen Textes mit Hilfe automatisierter Textverarbeitung.

(3) Für den Ausbildungsberuf Rechtsanwaltsfachangestellter/Rechtsanwaltsfachangestellte sind weitere Prüfungsfächer:

1. Zivilprozessrecht;
das Prüfungsfach umfasst insbesondere Ablauf des Zivilprozesses, Mahnverfahren, Zwangsvollstreckung,
2. Rechtsanwaltsvergütungsrecht;
das Prüfungsfach umfasst insbesondere das Erstellen von Vergütungsrechnungen und das Kostenfestsetzungsverfahren.

(4) Für den Ausbildungsberuf Rechtsanwalts- und Notarfachangestellter/Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte sind weitere Prüfungsfächer:

1. Zivilprozessrecht und Freiwillige Gerichtsbarkeit;
das Prüfungsfach umfasst insbesondere Ablauf des Zivilverfahrens, Mahnverfahren, Zwangsvollstreckung, Grundbuch-, Register- und Beurkundungsrecht einschließlich des zugehörigen materiellen Rechts;

2. Vergütungs- und Kostenrecht;
das Prüfungsfach umfasst insbesondere Erstellen von Vergütungs- und Kostenrechnungen, das Kostenfestsetzungsverfahren und Kosteneinziehung.
- (5) Für das Prüfungsfach Rechnungswesen beträgt die Prüfungsdauer 60 Minuten, für die übrigen Prüfungsfächer jeweils 90 Minuten.

§ 25

Mitteilung des Ergebnisses der schriftlichen Prüfung

- (1) Das Ergebnis der schriftlichen Prüfungsarbeiten ist dem Prüfling spätestens eine Woche vor der mündlichen Prüfung mitzuteilen.
- (2) Eine mündliche Prüfung findet nicht statt, wenn der Prüfling gemäß § 35 Abs. 2 die Prüfung nicht mehr bestehen kann. Dies wird dem Prüfling gleichzeitig mit der Entscheidung über das Nichtbestehen der Prüfung binnen einer Woche mitgeteilt.
- (3) Die Mitteilung nach Abs. 1 und 2 sind dem Ausbildenden und dem gesetzlichen Vertreter des Prüflings bekannt zu geben.

§ 26

Mündliche Prüfung

- (1) Die mündliche Prüfung ist ein Prüfungsfach.
- (2) Die mündliche Prüfung wird vom Prüfungsausschuss unter Leitung des Vorsitzenden abgenommen und soll als Gruppenprüfung stattfinden. Eine Prüfungsgruppe soll dabei die Zahl von 3 Prüfungsteilnehmern nicht überschreiten. In einem Prüfungsgespräch soll der Prüfling zeigen, dass er mit den für den Ausbildungsberuf wesentlichen Fragen vertraut ist und praktische Fälle lösen kann.
- (3) Die mündliche Prüfung soll für den einzelnen Prüfling in der Regel 20 Minuten nicht unter- und 30 Minuten nicht überschreiten.
- (4) Die Ladung zur mündlichen Prüfung soll spätestens eine Woche vor ihrer Durchführung erfolgen.

§ 27

Ergänzungsprüfung

- (1) Sind in der schriftlichen Prüfung die Prüfungsleistungen in bis zu 2 Fächern „mangelhaft“ und in den übrigen Fächern mit mindestens „ausreichend“ bewertet worden, so ist auf Antrag des Prüflings oder nach Ermessen des Prüfungsausschusses in

einem der mit „mangelhaft“ bewerteten schriftlichen Fächern eine mündliche Ergänzungsprüfung von etwa 15 Minuten Dauer durchzuführen, wenn diese für das Bestehen der Prüfung insgesamt den Ausschlag geben kann.

(2) Über die Zulassung zur Ergänzungsprüfung und deren Termin entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Der Prüfling bestimmt das Fach, in dem die Ergänzungsprüfung stattfinden soll, wenn zwei mangelhafte Leistungen vorliegen. Das Prüfungsfach Fachbezogene Informationsverarbeitung kann nicht Gegenstand der Ergänzungsprüfung sein.

(4) Bei der Ermittlung des Ergebnisses sind die schriftliche Arbeit in diesem Prüfungsfach und die mündliche Ergänzungsprüfung im Verhältnis 2:1 zu gewichten. Die Bewertungsskala nach § 33 Abs. 1 ist anzuwenden. Das Ergebnis der Ergänzungsprüfung tritt an die Stelle der schriftlichen Arbeit in diesem Prüfungsfach.

(5) Die Ergänzungsprüfung findet im Anschluss an die mündliche Prüfung als Einzelprüfung statt, spätestens innerhalb einer Woche. Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuss. Das Ergebnis der Ergänzungsprüfung ist dem Prüfungsteilnehmer sofort mitzuteilen.

(6) Die §§ 28 bis 32 gelten entsprechend.

§ 28

Öffentlichkeit

(1) Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Vertreter der obersten Landesbehörde und der Rechtsanwaltskammer sowie die Mitglieder und Stellvertreter des Berufsbildungsausschusses können anwesend sein. Der Prüfungsausschuss kann beim mündlichen Teil der Prüfung bei begründetem Interesse Zuhörer zulassen. Sie haben sich jeder Einwirkung auf die Prüfung zu enthalten. Bei der Beratung über das Prüfungsergebnis dürfen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses anwesend sein.

(2) Der Prüfungsteilnehmer hat das Recht, begründete Einwendungen gegen die Anwesenheit von bestimmten Personen zu erheben, die die Leistungen des Prüfungsteilnehmers ungünstig beeinflussen könnten. Über die Einwendungen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 29

Leitung und Aufsicht

(1) Die Prüfung wird unter Leitung des Vorsitzenden vom gesamten Prüfungsausschuss abgenommen.

(2) Bei schriftlichen Prüfungen regelt die Rechtsanwaltskammer im Einvernehmen mit dem zuständigen Prüfungsausschuss die Aufsichtsführung, die sicherstellen soll, dass der Prüfungsteilnehmer die Arbeiten selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln ausführt.

(3) Über den Ablauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 30

Ausweispflicht und Belehrung

Die Prüfungsteilnehmer haben sich auf Verlangen des Vorsitzenden oder der Aufsichtführenden über ihre Person auszuweisen. Sie sind vor Beginn der Prüfung über den Prüfungsablauf, die zur Verfügung stehende Zeit, die erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel, die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen zu belehren.

§ 31

Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße

(1) Teilnehmer, die eine Täuschungshandlung begehen oder den Prüfungsablauf erheblich stören, kann der Aufsichtführende von der jeweiligen schriftlichen Arbeit vorläufig ausschließen.

(2) Über die Folgen des vorläufigen Ausschlusses entscheidet der Prüfungsausschuss nach Anhörung des Prüfungsteilnehmers. In schwerwiegenden Fällen kann die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklärt werden. Das gleiche gilt bei innerhalb eines Jahres nachträglich festgestellten Täuschungen.

§ 32

Rücktritt, Nichtteilnahme

(1) Der Prüfungsbewerber kann nach erfolgter Anmeldung rechtzeitig vor Beginn der Prüfung durch schriftliche Erklärung zurücktreten. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht abgelegt.

(2) Tritt der Prüfungsbewerber nach Beginn der Prüfung zurück, so können auf Antrag bereits erbrachte schriftliche Arbeiten anerkannt werden, wenn ein wichtiger Grund für den Rücktritt vorliegt (z.B. im Krankheitsfalle durch Vorlage eines ärztlichen Attestes).

(3) Erfolgt der Rücktritt nach Beginn der Prüfung oder nimmt der Prüfungsbewerber an der Prüfung nicht teil, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(4) Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet der Prüfungsausschuss.

V. Abschnitt

Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses

§ 33

Bewertung

(1) Die Prüfungsleistungen in der schriftlichen und mündlichen Prüfung einschließlich der mündlichen Ergänzungsprüfung sind wie folgt zu bewerten:

Eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung
= 100 - 92 Punkte = Note 1 = sehr gut

eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung
= 91 - 81 Punkte = Note 2 = gut

eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung
= 80 - 67 Punkte = Note 3 = befriedigend

eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht
= 66 - 50 Punkte = Note 4 = ausreichend

eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind
= 49 - 26 Punkte = Note 5 = mangelhaft

eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse lückenhaft sind
= 25 - 0 Punkte = Note 6 = ungenügend.

(2) Für jedes schriftliche Prüfungsfach und die mündliche Prüfung müssen 100 Punkte erreichbar sein.

(3) Die Prüfungsleistungen werden von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses nach ihrer fachlichen Qualifikation selbständig beurteilt und bewertet. Die Arbeiten für das Prüfungsfach Fachbezogene Informationsverarbeitung können von Fachlehrern gemäß den vom Berufsbildungsausschuss beschlossenen Richtlinien vorbereitend bewertet werden.

§ 34

Bewertung der mündlichen Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung ist ein Prüfungsfach mit doppelter Gewichtung.

(2) Für die Bewertung der mündlichen Prüfung gilt § 33 Abs. 1 der Prüfungsordnung entsprechend.

§ 35

Feststellung des Prüfungsergebnisses

(1) Der Prüfungsausschuss stellt gemeinsam die Ergebnisse der schriftlichen und mündlichen Prüfung sowie das Gesamtergebnis der Prüfung fest.

(2) Zum Bestehen der Abschlussprüfung müssen im Gesamtergebnis und in fünf der Prüfungsfächer mindestens ausreichende Leistungen erbracht werden. Sind die Prüfungsleistungen in einem Prüfungsfach mit „ungenügend“ bewertet, so ist die Prüfung nicht bestanden.

Sodann wird die Gesamtpunktzahl dadurch ermittelt, dass die Punkte aus den schriftlichen Arbeiten und die Punkte aus der mündlichen Prüfung addiert werden. Die Punkte aus der mündlichen Prüfung gehen zweifach in die Gesamtpunktzahl ein.

Sodann wird die Gesamtpunktzahl durch sieben geteilt und das Ergebnis wird auf volle Punkte aufgerundet. Bei der Feststellung der Gesamtnote gilt die Bewertungsskala des § 33 Abs. 1.

(3) Über den Verlauf der Prüfung einschließlich der Feststellung der einzelnen Prüfungsergebnisse ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(4) Der Prüfungsausschuss soll dem Prüfungsteilnehmer am letzten Prüfungstag mitteilen, ob er die Prüfung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ hat. Hierüber ist dem Prüfungsteilnehmer unverzüglich eine vom Vorsitzenden zu unterzeichnende Bescheinigung auszuhändigen. Dabei ist als Termin des Bestehens bzw. Nichtbestehens der Tag der mündlichen Prüfung einzusetzen.

§ 36

Prüfungszeugnis

(1) Über die Prüfung erhält der Prüfungsteilnehmer von der Rechtsanwaltskammer ein Zeugnis (§ 37 Abs. 2 S. 1 BBiG).

(2) Das Prüfungszeugnis enthält

- die Bezeichnung „Prüfungszeugnis nach § 37 Abs. 2 S. 1 BBiG
- die Personalien des Prüfungsteilnehmers,
- den Ausbildungsberuf,
- das Gesamtergebnis der Prüfung,
- das Datum des Bestehens der Prüfung,
- die Unterschriften des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und
- des Beauftragten der Rechtsanwaltskammer mit Siegel.

- (3) Auf Verlangen sind die einzelnen Prüfungsleistungen gesondert zu bescheinigen.
- (4) Dem Zeugnis ist auf Antrag der Auszubildenden eine englischsprachige und eine französischsprachige Übersetzung beizufügen. Auf Antrag der Auszubildenden kann das Ergebnis berufschulischer Leistungsfeststellungen auf dem Zeugnis ausgewiesen werden.
- (5) Die Abschlussprüfung ist für Auszubildende gebührenfrei.

§ 37

Nicht bestandene Prüfung

- (1) Bei nicht bestandener Prüfung erhält der Prüfungsteilnehmer und sein gesetzlicher Vertreter sowie der Auszubildende von der Rechtsanwaltskammer einen schriftlichen Bescheid. Darin ist anzugeben, in welchen Prüfungsteilen ausreichende Leistungen nicht erbracht worden sind.
- (2) Auf die besonderen Bedingungen der Wiederholungsprüfung gemäß § 38 ist hinzuweisen.

VI. Abschnitt

Wiederholungsprüfung

§ 38

Wiederholungsprüfung

- (1) Eine nicht bestandene Abschlussprüfung kann zweimal wiederholt werden (§ 37 Abs. 1 Satz 2 BBiG).
- (2) Hat der Prüfungsteilnehmer in einer schriftlichen Arbeit mindestens befriedigende Leistungen erbracht, so ist diese Arbeit auf Antrag des Prüfungsteilnehmers nicht zu wiederholen, sofern dieser sich innerhalb von zwei Jahren – gerechnet vom Tage der Beendigung der nicht bestandenen Prüfung an – zur Wiederholungsprüfung meldet. Der Antrag ist zusammen mit der Anmeldung zur Wiederholungsprüfung zu stellen. Über den Antrag entscheidet die Rechtsanwaltskammer.
- (3) Die Prüfung kann frühestens zum nächsten Prüfungstermin wiederholt werden.
- (4) Die Vorschriften über die Anmeldung und Zulassung (§§ 17 bis 20) gelten sinngemäß. Bei der Anmeldung sind außerdem Ort und Datum der vorausgegangenen Prüfung anzugeben.

VII. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 39

Rechtsmittel

Entscheidungen des Prüfungsausschusses und der Rechtsanwaltskammer über die Nichtzulassung zur oder über den Ausschluss von der Prüfung sowie über das Nichtbestehen der Prüfung sind bei der schriftlichen Bekanntgabe an den Prüfungsbewerber bzw. Teilnehmer mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

§ 40

Prüfungsunterlagen

(1) Auf Antrag ist dem Prüfungsteilnehmer, seinem gesetzlichen Vertreter oder dem Auszubildenden von der Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer oder durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses Einsicht in die Prüfungsunterlagen zu gewähren.

(2) Die Prüfungsarbeiten sind zwei Jahre, die Anmeldungen ohne Anlagen und die Niederschriften sind zehn Jahre aufzubewahren.

§ 41

Aufhebungs- und Übergangsregelung

Die Prüfungsordnung für die Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfungen der Auszubildenden Rechtsanwaltsfachangestellten und Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main vom 1. Januar 1996 (JMBl. S. 520) wird aufgehoben. Sie gilt fort für Auszubildende, die ihre Ausbildung vor dem 1. August 2005 begonnen haben.

§ 42

In-Kraft-Treten, Genehmigung

Diese Prüfungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Justiz-Ministerialblatt für Hessen in Kraft. Sie gilt für alle Ausbildungsverhältnisse, die nach dem 31. Juli 2005 beginnen.

Frankfurt am Main, den 14. Dezember 2006

Der Präsident
gez. Knopp

Die Prüfungsordnung wurde am 11. Januar 2007 nach § 47 Abs. 1 Satz 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) in der Fassung des Berufsbildungsreformgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931)), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Berufsausbildung vom 22. Juli 2005 (GVBl. I S. 558) vom Hessischen Ministerium der Justiz genehmigt.

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

OStA'in Rosemarie Pook in Darmstadt – Zweigstelle Offenbach am Main –.

Landgerichte

Ernannt wurde:

Zum Vors. Richter am LG : Richter am LG Lothar Happel in Darmstadt.

Amtsgerichte

Ernannt wurde:

Zum Richter am AG : StA – Richter kraft Auftrags – Justus Hanau in Groß-Gerau
– unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –;

zum ROR : RR Werner Roth in Frankfurt am Main.

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

Richterin am AG Elke Schneiderhan – als d. ständ. Vertr.'in e. Dir. – in Königstein im Taunus.

BERICHTIGUNG

zum JMBl. Nr. 1 vom 1. Januar 2007

In den Personalnachrichten im **JMBl. Nr. 1 vom 1. Januar 2007, S. 78** muss es wie folgt richtig lauten:

Sozialgerichte

Ernannt wurde:

Zum Dir. d. SG Kassel : Richter am LSG Vasco Knickrehm in Darmstadt.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

Justizministerium

1. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des gehobenen Dienstes.

Im Laufe des Jahres 2007 sind voraussichtlich mehrere Stellen neu zu besetzen. Die im Detail noch nicht feststehenden Arbeitsgebiete zeichnen sich durch eine interessante, abwechslungsreiche und innovative Tätigkeit aus. Aufgrund der breiten Palette ministerieller Tätigkeiten sind spätere Wechsel der Aufgabengebiete möglich.

Der besondere Stellenschlüssel für oberste Landesbehörden eröffnet die Möglichkeit, Beförderungssämter bei entsprechender Leistung auch zeitnah zu erreichen. Für besonders qualifizierte Beamtinnen und Beamte bietet sich darüber hinaus die Möglichkeit eines Aufstiegs in den höheren Dienst.

Für die Stellen kommen Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes in Betracht, die neben allgemeinen Voraussetzungen wie Leistungsbereitschaft, Initiative, Innovationsfähigkeit, Belastbarkeit, Flexibilität und sicherem Auftreten über eine mindestens zweijährige Berufserfahrung in der Justiz verfügen.

Dem Hessischen Ministerium der Justiz wurde das Grundzertifikat zum Audit Beruf & Familie hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verliehen. Die Arbeitszeiten können daher grundsätzlich persönlichen Bedürfnissen angepasst werden.

Ordentliche Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

2. Die Präsidentin oder den Präsidenten des Landgerichts Frankfurt am Main (R 6).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
3. Die Präsidentin oder den Präsidenten des Amtsgerichts Darmstadt (R 4).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
4. Die Leitende Oberstaatsanwältin oder den Leitenden Oberstaatsanwalt als Leiterin oder Leiter der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kassel (R 3).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.4) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
5. Eine Richterin oder einen Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.2) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
6. Eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht Darmstadt (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
7. Eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht Frankfurt am Main (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
8. Eine Richterin am Amtsgericht – als die ständige Vertreterin – oder einen Richter am Amtsgericht – als der ständiger Vertreter – des Direktors des Amtsgericht Eschwege (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.5) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

9. Drei Richterinnen am Amtsgericht – als weitere aufsichtsführende Richterinnen – oder drei Richter am Amtsgericht – als weitere aufsichtsführende Richter – bei dem Amtsgericht Frankfurt am Main (R 2).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBI. vom 1. Januar 2005 (S. 55 ff., Anlage 1, Nr. 2.1) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten

10. Eine Geschäftsleiterin oder einen Geschäftsleiter (§ 7 GO) bei dem Amtsgericht Kassel.

Die Stelle ist ab 1. Juni 2007 neu zu besetzen.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

I. Allgemeine Voraussetzungen:

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein.

II. Besondere Voraussetzungen:

1. Fachkompetenz

- Erfahrung in der Rechtspflege und/oder der Justizverwaltung
- Mindestens gutes fachliches Können;

2. Soziale Kompetenz

- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit;

3. Führungskompetenz

- Fähigkeit zum Vorbild
- Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Befähigung zur Personalführung und Motivation;

4. Organisatorische Kompetenz

- Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
- Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
- Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz.

Interessierten Frauen und Männern zu Nr. 10. wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

11. Eine Geschäftsleiterin oder einen Geschäftsleiter (§ 7 GO) bei dem Amtsgericht Schlüchtern.

Die Stelle ist ab sofort neu zu besetzen.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

I. Allgemeine Voraussetzungen:

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein.

II. Besondere Voraussetzungen:

1. Fachkompetenz

- Erfahrung in der Rechtspflege und/oder der Justizverwaltung
- Mindestens gutes fachliches Können;

2. Soziale Kompetenz

- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit;

3. Führungskompetenz

- Fähigkeit zum Vorbild
- Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Befähigung zur Personalführung und Motivation;

4. Organisatorische Kompetenz

- Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
- Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
- Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz.

Interessierten Frauen und Männern zu Nr. 11. wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

Arbeitsgerichtsbarkeit

12. Eine Oberinspektorin oder einen Oberinspektor (Rechtspflegerin oder Rechtspfleger – Besoldungsgruppe A 10 BBesG) als Vertreterin oder Vertreter der Geschäftsleiterin oder des Geschäftsleiters bei dem Arbeitsgericht Darmstadt.

Die Stelle ist am 1. April 2007 zu besetzen.

Sie ist nach der Dienstpostenbewertung vom 8. Juni 1999, Rundverfügung Nr. 2/99, nach Besoldungsgruppe A 11 BBesG bewertet. Eine entsprechende Stelle steht jedoch derzeit nicht zur Verfügung (§ 18 BBesG).

Aufgabengebiet:

1. Alle in der Arbeitsgerichtsbarkeit anfallenden Rechtspflegertätigkeiten, insbesondere Rechtsantragstelle, telefonische Auskünfte, Mahnverfahren, Kostenfestsetzungsverfahren sowie die Festsetzung der aus der Staatskasse zu gewährenden Vergütung des Rechtsanwalts.
2. Die Vertretung der geschäftsleitenden Beamtin oder des geschäftsleitenden Beamten.

Qualifikationserfordernisse:

I. Allgemeine Voraussetzungen:

- Laufbahnprüfung für den Rechtspflegerdienst
- Pflichtbewusstsein
- Flexibilität
- erhöhte Belastbarkeit
- gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Engagement und Verantwortungsbewusstsein
- sicheres Auftreten.

II. Besondere Voraussetzungen:

1. Fachkompetenz

- besonders gute Fachkenntnisse aller einschlägigen Rechtsgrundlagen, insbesondere des materiellen Arbeitsrechts, des bürgerlichen Rechts, des Verfahrensrechts der ZPO und des ArbGG, der Grundzüge des Sozialrechts sowie des Kosten- und Entschädigungsrechts (JVEG)
- gute Kenntnisse beim Einsatz von Informationstechnik
- Kenntnisse im Tarif-, Dienst- und Haushaltsrecht
- klares Urteilsvermögen, Entscheidungskompetenz;

2. Soziale Kompetenz

- Freude am Umgang mit Bürgern (bürgerfreundliches Verhalten)
- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Verhandlungsgeschick;

3. Führungskompetenz

- Fähigkeit zur Personalführung;

4. Organisatorische Kompetenz

- Organisationsgeschick.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind auf dem **Dienstweg** zu richten:

zu Nr. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. sind binnen **drei Wochen** an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden;

zu Nr. 10. binnen **eines Monats** an den Präsidenten des Amtsgerichts Kassel;

zu Nr. 11. binnen **eines Monats** an die Direktorin des Amtsgericht Schlüchtern;

zu Nr. 12. bis **spätestens 21. März 2007** an den Präsidenten des Hessischen Landesarbeitsgerichts, Adickesallee 36, 60322 Frankfurt am Main.

Nachrichtlich wird mitgeteilt:

Im Hessischen Ministerium der Justiz können drei Stellen mit Richterinnen oder Richtern am Oberlandesgericht, am Landessozialgericht oder mit Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälten bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht (jeweils Besoldungsgruppe R 2) besetzt werden.

Bezüglich des Anforderungsprofils wird auf das, im JMBl. vom 1. Januar 2005 (S. 50 ff., Anlage 1, Nr. 2.2 und 2.6) veröffentlichte Anforderungsprofil verwiesen.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Aufgrund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwer behinderte Menschen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Herausgeber, Verlag: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden.
Für den Inhalt verantwortlich: Ministerialdirigent Dr. Schultze, Wiesbaden

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz (Ref. II/10), Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Der Bezugspreis **für das Jahr 2007** in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **neue Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. Als Einzahlungsabsender ist die jeweilige Zustellungsanschrift zu nennen.

Einzelstücke können bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –, Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt, bestellt werden.

Preis dieser Nummer: 2,34 EURO.

Abonnementkündigungen können nur zum Ende eines Kalenderjahres vorgenommen werden.

Einbanddecken werden von den Justizvollzugsanstalten 64297 Darmstadt und 34121 Kassel preiswert hergestellt.

Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.